



Vorberatende Kommission

Protokoll

Sitzung	Vorberatende Kommission 28.22.01 «Kantonsratsbeschluss über das Mehrjahresprogramm der Standortförderung für die Jahre 2023 bis 2027»	Simona Risi Geschäftsführerin Parlamentsdienste Regierungsgebäude 9001 St.Gallen T +41 58 229 66 51 simona.risi@sg.ch
Termin	Montag, 15. August 2022 08.30 bis 16.30 Uhr	
Ort	St.Gallen, Regierungsgebäude, Kantonsratssaal	

St.Gallen, 31. August 2022

Kommissionspräsident

Ruedi Blumer-Gossau

Teilnehmende

Kommissionsmitglieder

SVP	Bruno Dudli-Oberbüren, Transportversicherer
SVP	Michael Götte-Tübach, Gemeindepräsident
SVP	Christian Spoerlé-Ebnat-Kappel, ehem. Gemeindepräsident
SVP	Markus Wüst-Oberriet, Unternehmer
SVP	Bernhard Zahner-Rapperswil-Jona, Comestibles-Händler
Die Mitte-EVP	Karl Brändle-Bütschwil-Ganterschwil, Gemeindepräsident
Die Mitte-EVP	Ernst Dobler-Oberuzwil, Unternehmer
Die Mitte-EVP	Mathias Müller-Lichtensteig, Stadtpräsident
Die Mitte-EVP	Erich Zoller-Quarten, Gemeindepräsident
FDP	Remo Daguati-St.Gallen, Geschäftsführer
FDP	Christian Lippuner-Grabs, Unternehmer
FDP	Isabel Schorer-St.Gallen, Standortleiterin Kommunikationsagentur
SP	Ruedi Blumer-Gossau, Verbandspräsident, <i>Kommissionspräsident</i>
SP	Monika Simmler-St.Gallen, Assistenzprofessorin für Strafrecht, Strafprozessrecht und Kriminologie
GRÜNE	Thomas Schwager-St.Gallen, Geschäftsleiter Mieterverband Ostschweiz

Von Seiten des zuständigen Departementes

- Regierungsrat Beat Tinner, Vorsteher Volkswirtschaftsdepartement
- Karin Jung, Leiterin Amt für Wirtschaft und Arbeit
- Daniel Müller, Leiter Standortförderung, Amt für Wirtschaft und Arbeit

Weitere Teilnehmende¹ (für Traktanden 1 bis 2.1)

- Dr. Cornelia Gut-Villa, Geschäftsführerin Stiftung Startfeld
- Peter Frischknecht, Geschäftsführer Verein Startfeld/Leiter Start-up Förderung

¹ Nach Art. 52 Abs. 2 Satz 1 GeschKR bezeichnet die Kommission den Beizug von Sachverständigen und Interessenvertretern. Ist ein Mitglied der Kommission mit dem Vorschlag nicht einverstanden, meldet es dies nach Erhalt der Einladung der Kommissionspräsidentin oder dem Kommissionspräsidenten.

- Prof. Dr. Dietmar Grichnik, Direktor des Instituts für Technologiemanagement der Universität St.Gallen (HSG)

Geschäftsführung / Protokoll

- Simona Risi, Geschäftsführerin, Parlamentsdienste
- Leandra Cozzio, Stv. Geschäftsführerin, Parlamentsdienste

Bemerkungen

Für die Kommissionsmitglieder sind die Sitzungsunterlagen in der Sitzungsapp² zu finden. Erlasse sind in elektronischer Form der Gesetzessammlung des Kantons St.Gallen³ sowie der systematischen Rechtssammlung des Bundes⁴ zu entnehmen.

Inhaltsverzeichnis

1	Begrüssung und Information	3
2	Einführung und Vorstellung der Vorlage	4
2.1	Gastreferat Stiftung und Verein Startfeld	4
2.2	Gastreferat Prof. Dr. Dietmar Grichnik	7
2.3	Inhalt gemäss Botschaft	10
3	Allgemeine Diskussion	12
4	Spezialdiskussion	21
4.1	Beratung Botschaft	21
4.2	Beratung Beschluss	39
4.3	Aufträge	42
4.4	Rückkommen	48
5	Gesamtabstimmung	49
6	Abschluss der Sitzung	49
6.1	Bestimmung des Berichterstatters	49
6.2	Medienorientierung	49
6.3	Verschiedenes	49

² <https://sitzen.sg.ch/kr>

³ <https://www.gesetzessammlung.sg.ch>

⁴ <https://www.admin.ch>

1 Begrüssung und Information

Blumer-Gossau, Präsident der vorberatenden Kommission, begrüsst die Mitglieder der vorberatenden Kommission und folgende Personen:

- Regierungsrat Beat Tinner, Vorsteher Volkswirtschaftsdepartement;
- Karin Jung, Leiterin Amt für Wirtschaft und Arbeit;
- Daniel Müller, Leiter Standortförderung, Amt für Wirtschaft und Arbeit;
- Dr. Cornelia Gut-Villa, Geschäftsführerin Stiftung Startfeld;
- Peter Frischknecht, Geschäftsführer Verein Startfeld/Leiter Start-up Förderung;
- Prof. Dr. Dietmar Grichnik, Direktor des Instituts für Technologiemanagement der Universität St.Gallen (HSG);
- Simona Risi, Geschäftsführerin, Parlamentsdienste;
- Leandra Cozzio, Stv. Geschäftsführerin, Parlamentsdienste.

Seit der Kommissionsbestellung in der Junisession nahm der Kantonsratspräsident keine Ersatzwahlen in die vorberatende Kommission vor.

Für die heutige Sitzung hat sich niemand entschuldigt. Ich stelle fest, dass die vorberatende Kommission beratungsfähig ist.

Wir behandeln Botschaft und Entwurf der Regierung «Kantonsratsbeschluss über das Mehrjahresprogramm der Standortförderung für die Jahre 2023 bis 2027» vom 5. April 2022. Der vorberatenden Kommission wurden seitens des Volkswirtschaftsdepartementes zusätzliche Unterlagen verteilt bzw. zugestellt:

- Grundlagen zur Einführung eines Schweizer Innovationsfonds (Beilage 2)
- Prüfauftrag zur Einführung eines Schweizer Innovationsfonds (Beilage 3)
- Medienmitteilung: Bundesrat trifft Richtungsentscheid für einen Schweizer Innovationsfonds (Beilage 4)
- Antworten auf Fragen der SVP-Delegation samt zwei Beilagen (Beilagen 5, 5a und 5b)
- Antworten auf Fragen der Die Mitte-EVP-Delegation (Beilagen 6 und 6a)

Ich weise darauf hin, dass die Beratung elektronisch aufgezeichnet wird, was der Geschäftsführung die Fertigstellung des Protokolls erleichtert. Deshalb bitte ich Sie, nur zu sprechen, wenn ich Ihnen mit Ihrem politischen Namen das Wort erteile. Die Geschäftsführung dankt für die Abgabe der Manuskripte insbesondere zur allgemeinen Diskussion. Für das Protokoll gilt das gesprochene Wort. Eine weitere Information, vor allem als Hinweis für die Mitglieder, die zum ersten Mal in einer vorberatenden Kommission mitwirken: Sowohl die Kommissionsberatungen nach Art. 59 des Geschäftsreglements des Kantonsrates (sGS 131.11; abgekürzt GeschKR) als auch das Kommissionsprotokoll nach Art. 67 GeschKR sind vertraulich. Erst mit der Rechtsgültigkeit rechtsetzender Erlasse, nach Ablauf der Referendumsfrist, entfällt die Vertraulichkeit.

Zu Beginn hören wir zwei Gastreferate von den Vertretern der Stiftung und des Vereins Startfeld, Dr. Cornelia Gut-Villa und Peter Frischknecht, sowie von Prof. Dr. Dietmar Grichnik. Im Anschluss wird die vorberatende Kommission eine Einführung in die Vorlage erhalten, danach führt sie eine allgemeine Diskussion anstelle einer Eintretensdiskussion. Anschliessend führt die vorberatende Kommission die Spezialdiskussion sowie die Gesamtabstimmung durch. Die weiteren Teilnehmenden verlassen die Sitzung vor Beginn der allgemeinen Diskussion. Fragen sind deshalb direkt im Anschluss an die Referate zu stellen.

Der Kommissionspräsident schliesst die Einführung mit einigen administrativen Hinweisen.

2 Einführung und Vorstellung der Vorlage

2.1 Gastreferat Stiftung und Verein Startfeld

Cornelia Gut-Villa und Peter Frischknecht: Vgl. Präsentation Folien 1–25 (Beilage 7)

Fragen:

Schwager-St.Gallen: Sie haben über staatliche Rahmenbedingungen gesprochen, die richtig gesetzt werden müssen sowie von High-Potential-Projekten, die richtig unterstützt werden sollen. Mir fehlt das Einbetten in die globalen Zusammenhänge, in denen wir uns alle bewegen. Wenn wir als Staat Projekte fördern, muss das einen Zusammenhang mit unserem Leben haben, konkret mit der Klimakrise, in der wir stecken. Was strebt die Standortförderung neben der Rendite- und Arbeitsplatzförderung an? Wie soll das Risikokapital investiert werden, damit die anderen Aspekte, die mindestens so wichtig sind und langfristig ebenfalls Wirtschaftsstandortförderungsmassnahmen sein sollten, berücksichtigt werden?

Peter Frischknecht: Die Rendite steht nicht im Vordergrund; sie ist für die Investoren jedoch ein wichtiger Faktor. Die spezifischen Nachhaltigkeitsthemen müssen dort bearbeitet werden, wo die Forschung stark ist. Wir müssen den Bereich fördern, in welchem wir in der Forschung und Entwicklung stark und international kompetitiv sind. In der Ostschweiz sind das die Bereiche Gesundheit sowie die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM-Industrie). Es ist uns selbstverständlich wichtig, Themen wie Digitalisierung und Nachhaltigkeit aufzugreifen. Wir prüfen, wie nachhaltig die Projekte sind, die wir fördern. Wir überlegen uns momentan, was man im Bereich Kreislaufwirtschaft tun kann. Bisher haben wir jedoch nur kleine Forschungsgruppen.

Dudli-Oberbüren: Sie haben erwähnt, dass die Organisation Startfeld zur Finanzierung gegebenenfalls Eigenkapital zur Verfügung stellt. Fliesst das teilweise auch wieder zurück und wird dann anderweitig wieder investiert?

Cornelia Gut-Villa: Die Stiftung Startfeld hat die Möglichkeit, maximal 300'000 Franken pro Start-up zu investieren. Die Stiftung wird von der St.Galler Kantonalbank finanziert. Insgesamt verfügen wir über einen Topf von 10 Mio. Franken, dieser wurde noch nicht ausgeschöpft. Wir hatten auch schon «Exits» von Start-ups. Dadurch kommt das Geld mit der nächsten Finanzierungsrunde zurück in die Stiftung und so können weitere Start-ups finanziert werden. Wir helfen den Start-ups auch, Privatinvestoren zu finden und bauen so unser Netzwerk auf.

Wüst-Oberriet: Sie haben in der Präsentation zwischen Start-ups und Jungunternehmen unterschieden. Wir haben alteingesessene Branchen wie die Maschinenindustrie oder die Präzisionsmechanik. Diese können auch träge und nicht ganz so innovativ sein. Wenn nun ein Jungunternehmer – also kein Start-up – in dieser Branche etwas revolutioniert und automatisiert, dann würde er durch Sie nicht gefördert. Es gibt viele Jungunternehm-

mer, die für die Branche richtige Innovationsschübe bedeuten, die aber nicht unter die Kategorie eines Start-ups fallen, weil sie keine neuen Technologien einsetzen. Ich bin der Überzeugung, dass diese etwas untergehen.

Peter Frischknecht: Jeder, der sein eigenes Geld verdient und ein Unternehmen aufbaut, hat einen unglaublichen Wert. Jungunternehmer wie Start-ups sind in dem Sinn gleich wertvoll. Start-ups, die wir autorisiert haben, brauchen jedoch grössere Investitionen, um sich am Markt durchzusetzen. Deshalb muss man sie dort fördern. Es gibt tatsächlich interessante Innovationsprojekte aus bestehenden Unternehmen. Wir sind offen, mit diesen ins Gespräch zu kommen und ihnen weiterzuhelfen. Eine Förderung würde nicht über Startfeld erfolgen, sondern vielleicht über ein anderes Instrument der Standortförderung. Mit der Fusion von Startfeld und dem Innovationspark Ost haben wir nun die ganze Bandbreite an Möglichkeiten.

Schorer-St.Gallen: Sie haben sich stark auf den Innovationspark Ost und das Startfeld bezogen. Es gibt noch das Innovationsnetzwerk Ostschweiz INOS. Wo liegt die Schnittstelle zwischen INOS, dem Innovationspark Ost und Startfeld?

Peter Frischknecht: Thematisch liegt INOS nahe beim Innovationspark Ost. Wir würden die Organisationen gerne zusammenlegen. In der Region Basel und Jura ist das quasi eine Organisation: der Innovationspark Basel, das regionale Innovationssystem Basel Jura und die «Basel Area», die internationale Standortpromotion. Uns wäre es sehr wichtig, dass es auch in der Ostschweiz so wäre. Die Voraussetzungen sind jedoch anders. Das regionale Innovationssystem geht von Basel über Glarus bis nach Graubünden. Wir haben hier nur eine Teilüberlappung des geographischen Gebiets. Das macht die Fokussierung schwierig. Dann gibt es noch die «St.GallenBodenseeArea» (SGBA), die für die Standortpromotion zuständig ist, aber nur die Kantone St.Gallen, Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden und Thurgau abdeckt. Unser Statement ist: Je näher zusammen, desto besser. In verschiedenen Leistungsvereinbarungen ist auch festgelegt, dass man kooperativ und koordiniert zusammenarbeiten muss.

Regierungsrat Tinner: Die Frage von Schorer-St.Gallen ist eine spezifische Fachfrage, für die das Amt Wirtschaft und Arbeit zuständig wäre. Ich schlage vor, dass wir diese Frage in der Spezialdiskussion aufnehmen (vgl. Ziff. 4.1 S. 22).

Dobler-Oberuzwil zur räumlichen Verteilung der Fördermittel: Ich bin positiv überrascht, wie viele Fördermittel der Kanton St.Gallen hat. Vor allem wenn wir uns mit Vorarlberg vergleichen, das auch ländlich aufgestellt ist und eine gute Wirtschaft hat, oder auch mit dem Allgäu, dann bin ich erstaunt, wie tief diese Standorte gefördert werden.

Peter Frischknecht: Es sind verschiedene Fördertöpfe, die hier zusammenfliessen. Vom Bund, von der EU und auf Bundesebene sind es wiederum verschiedene Töpfe (Innosuisse, Schweizerischer Nationalfonds (SNF), Bridgefinanzierungen, kantonale Mittel usw.). Es kommt bei der Beurteilung immer darauf an, um welchen Standort es sich handelt. Wenn man als Standort attraktiver für Start-ups werden möchte, muss mehr investiert werden. Die anderen Standorte bieten so viel mehr an, nicht nur in Form von Geld, sondern sie investieren viel mehr in die Forschung und daher ist die technische Kompetenz höher. Wo die technische Kompetenz höher ist, entstehen früher oder später mehr Start-ups.

Dobler-Oberuzwil: Wir können aber keine dritte ETH beantragen.

Peter Frischknecht: Nein, aber Sie können bspw. die Installation einer Professur an der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (EMPA) unterstützen. Ich glaube, die EMPA in St.Gallen hat das Potenzial für zwei Professuren. Zudem können Sie dafür sorgen, dass die Fachhochschulen im technischen Bereich genügend finanziert sind und dass Programme an der Universität, die Wirtschaft und Technologie zusammenbringen, unterstützt werden. Diese Massnahmen erachten wir als realistisch.

Dobler-Oberuzwil: Ich muss es dennoch mit dem Bodenseeraum vergleichen. Die Standorte Kempten oder auch Ravensburg und Friedrichshafen sind sehr innovative Standorte. Wenn ich die Mittel vergleiche, stehen wir pro Kopf gar nicht schlecht da.

Peter Frischknecht: Das ist richtig, wenn man die Momentansituation anschaut. Uns beschäftigt jedoch die Frage, wie viel wir sähen resp. investieren wollen, damit die Generation nach uns in 20 bis 30 Jahren etwas ernten kann.

Müller-Lichtensteig zur geographischen Ausrichtung von Startfeld: Sie haben aufgezeigt, dass es wichtig ist, dass man nahe bei der Forschung ist. Der Kanton St.Gallen ist diesbezüglich sehr dezentral organisiert. Sollte man mit dem Startfeld auch in der Region Rapperswil-Jona oder Buchs aktiv werden, da dort die Fachhochschulen Ost liegen, die auch im Technikbereich sehr stark sind?

Cornelia Gut-Villa: Das Startfeld ist für den ganzen Kanton da, auch rund um den Säntis. Unser Ziel ist es, immer stärker mit den Fachhochschulen zusammenzuarbeiten. Wir machen auch Finanzierungen in Rapperswil-Jona, das ist überhaupt nicht vom Standort abhängig. Mit dem Innovationspark Ost zusammen soll die Stiftung nun auch das gesamte Einzugsgebiet des Innovationsparks Ost abdecken.

Wir haben uns auch überlegt, einen weiteren Standort zu eröffnen, aber dafür bräuchten wir zunächst die nötigen finanziellen Mittel.

Götte-Tübach: Ich bin der Meinung, dass wir Mittel in die Förderung neuer Unternehmen investieren müssen. Ich finde aber, dass wir die Kräfte zu wenig bündeln. Wir haben die Vertreter von Startfeld heute gehört: Es gibt Startfeld, Smartfeld, den Innovationspark Ost als das neuste und übergeordnete Thema, weiter auch den Start Summit, wir haben Rhy-Search, ein Jungunternehmerinstitut, das sich in Start-ups involviert, die Wertschöpfer-AG... Schlussendlich geht es um die Innovation und darum, neue Unternehmen zu fördern und zu pushen.

Peter Frischknecht: Ich sehe die Problematik. Was wir tun konnten, haben wir dieses Jahr getan, in dem wir sehr konstruktiv die Start-up-Förderung und das Startfeld mit dem Innovationspark Ost fusioniert haben. Wir sind noch im Prozess, die Handelsregistereinträge sind noch in Arbeit. Wir haben das Credo: Lieber wenige Förderinstitutionen, dafür diese gross und stark machen. Wir unterstützen alles, was in diese Richtung geht.

Götte-Tübach: Gibt es Kreise, die eine andere Haltung vertreten?

Peter Frischknecht: Es gibt immer auch gute Gründe, getrennte Wege zu gehen. Bei INOS etwa sind sieben Kantone beteiligt, das macht es schwierig. Ich gehe davon aus, dass die eine oder andere Konzentrierung noch stattfinden wird.

2.2 Gastreferat Prof. Dr. Dietmar Grichnik

Dietmar Grichnik: Vgl. Präsentation Folien 1–33 (Beilage 8)

Fragen:

Regierungsrat Tinner: Ich habe letzten Samstag in der «NZZ» den Beitrag «Wirtschaftspolitik auf Abwegen»⁵ gelesen. Der Autor kommt zum Schluss, dass man u.a. die finanzielle Unterstützung von Jungunternehmen durchaus den Marktkräften überlassen könnte. Was meinen Sie dazu?

Dietmar Grichnik: Diese Diskussion wird auch bei der Frage nach einem staatlichen Innovationsfonds geführt. Ich sehe es nicht schwarz-weiss. Die Frage ist, ob marktfähige Technologien als Lösungen für die Probleme, die wir aktuell haben, wirklich zum Markt kommen. In der frühen Phase des Risikoinvestments stellt sich nicht nur die Frage, ob ein Jungunternehmen an das Geld kommt, um sich am Markt mit ausreichender Zeit entwickeln zu können, sondern auch, ob es auch die Investoren gibt. Die Risikokapital-Industrie in der Schweiz ist verhältnismässig klein. Sie hat nicht die grossen finanziellen Mittel, die es braucht, bevor ein Start-up oder ein Scale-up (Start-up in schneller Wachstumsphase) über die verschiedenen Finanzierungsrunden von einer Series A-Finanzierung bis zu einer Series F-Finanzierung selbsttragend wird.

Es geht nicht nur um low-tech schnellskalierende Unternehmen. Wir haben viel mit Bio-tech-Gründern zu tun, die bereits in der ersten Finanzierungsrunde 2 bis 5 Mio. Franken benötigen; zu diesem Zeitpunkt sind sie noch 10 bis 15 Jahre vom Markt entfernt. Selbst der Roche- oder der Novartis-Gruppe ist das zu viel. Wenn die Schweiz politisch die Entscheidung trifft, Bio-tech als eine der Haupttechnologien zu fördern, weil sie damit weltführend ist, stellt sich die Frage, was in diesen 10 bis 15 Jahren gemacht wird. In Israel etwa wurde dieser Bereich über ein Public-private-Partnership über zwanzig Jahre aufgebaut und gepusht; in gewissen Bereichen wie der Technologiekommerzialisierung haben sie so viele Länder überholt.

Sinnvoll sind Vehikel mit staatlicher Anschubfinanzierung, die bestimmte Lücken deckt, um damit private Gelder zu mobilisieren. Das wird auch das Ziel sein für die Ausgestaltung des staatlichen Innovationsfonds. In Grossbritannien gibt es Vehikel, bei denen 30 Prozent im 10 Mrd. Bereich vom Staat kommt und 70 Prozent privates Risikokapitalgeld mobilisiert werden soll. Es geht nicht darum, die privaten Marktkräfte auszuschliessen, sondern stark darum, sie zu mobilisieren. Wir sind ein kleines Land und haben nicht die Grösse der USA, wo das automatisch passiert. In der EU werden aktuell 100 Mrd. Euro im Bereich clean-tech mobilisiert. Wenn man diesen Bereich politisch fördern will, die Schweiz das aber nicht macht, dann würden höchstwahrscheinlich viele Unternehmen in die EU gehen, weil dort die Förderung stattfindet. Wir haben mit einer gewissen staatlichen Förderung eine grosse Chance. Wenn es eine solche Unterstützung gibt, darf die

⁵ <https://www.nzz.ch/meinung/inflation-energie-start-ups-wirtschaftspolitik-auf-abwegen-ld.1697516?>

Signalwirkung nicht unterschätzt werden für Talente, die hierher kommen und sagen, dass sie hier gründen müssen, da hier die ETH, die HSG und die Technologien sind und es deshalb der «place to be» ist.

Zoller-Quarten: Ist es überhaupt sinnvoll, die Standortförderung nur auf den Kanton St.Gallen oder die Ostschweizer Kantone auszurichten, oder müssten wir etwas grösser denken? Wir sind ein kleines Land und ein mittelgrosser Kanton. Wir müssten ganz andere Überlegungen anstellen.

Dietmar Grichnik: Das ist eine sehr berechtigte Frage. Man kann sich nicht isolieren. Das ergibt keinen Sinn, man muss mindestens überkantonal denken. Gleichwohl hat man von der Forschungsinstitution aus schon in der frühen Phase Kontakt mit den Personen, die unternehmerisch tätig werden möchten. Denen sollte man beste Rahmenbedingungen bieten. Im Kanton St.Gallen ist es ganz einfach, zu gründen. Das kann man online in kurzer Zeit machen und es kostet nicht viel. Das kann für junge Leute ein entscheidender Faktor sein, hier zu starten. Die Frage ist, ob wir sie anschliessend halten können oder ob sie in der Wachstumsphase, wenn es wertschöpfend wird, in einen grösseren Kanton oder sonst wohin abwandern. In dieser Phase kommen die Finanzierung oder die Ressourcen sehr stark zum Tragen. Interessanterweise ist das Ganze nicht immer so mobil, wie man denkt. Oft siedeln sich die Unternehmen sehr nahe an der Investorensseite an und bleiben auch dort. Der Austausch ist immer noch nicht sehr remote (ortsunabhängig) und international. Die Distanzen zu den Investoren sind sehr gering, weil es ein ständiges Interagieren ist – da müssen wir als Kanton aktiv sein. Wenn es ganz gross wird, muss man in Schweizer Dimensionen denken. Da geht es nicht um das Ökosystem des Kantons, sondern um jenes der Schweiz. Da muss gesamthaft gedacht werden.

Müller-Lichtensteig: Dass die jungen Leute hier studieren, aber nachher wieder wegziehen, ist eines der Probleme, das der Kanton St.Gallen hat. Das haben wir im Bericht «Stärkung der Ressourcenkraft des Kantons St.Gallen» (40.21.02) festgestellt. Ihre Ausführungen könnten eine Massnahme sein, um dem Problem entgegenzuwirken.

Gibt es einen Kanton, der für den Kanton St.Gallen als Referenzbeispiel dienen könnte, oder gibt es Regionen ausserhalb der Landesgrenze, die es besonders gut machen?

Dietmar Grichnik: Kantonal sollten wir uns nicht an Waadt, Zürich oder Basel orientieren, die sehr gross sind. Sehr aktiv ist bspw. der Kanton Luzern. Wir müssen uns im Vergleich aber nicht verstecken, wir sind völlig auf Augenhöhe. Wir haben ein starkes ICT (Informations- und Kommunikationstechnik)-Cluster, auf dem man aufbauen kann. Die Zuger Region ist ebenfalls ein schönes Beispiel; dort schafft man gute Rahmenbedingungen. Ich meine, der Ethereum-Gründer aus den USA geht dorthin und gründet das Unternehmen, weil es der «place to be» für Kryptowährungen oder Blockchaintechnologien ist, obwohl es sich um einen sehr kleinen Kanton handelt. Selbstverständlich spielen weitere Faktoren, auch steuerlicher Art, eine Rolle. So sollen Start-ups etwa erst besteuert werden, wenn Geld fliesst.

Unterschätzen Sie als Politiker nicht das Signal, das Sie senden. Schaffen Sie die Bedingungen, die es braucht, damit Start-ups hierbleiben. Studierende fliegen nach dem Abschluss schnell in die Welt hinaus, sie kommen aber auch zurück, wenn man ihnen gute

Rahmenbedingungen bietet. Überregional gibt es Regionen, die Orientierungshilfen sein können, wie Bayern oder Berlin.

Müller-Lichtensteig: Sie haben darauf hingewiesen, dass die räumliche Nähe sehr wichtig ist und die Wenigsten remote arbeiten. Wie schätzen Sie die Situation in unserem dezentralen Kanton ein?

Dietmar Grichnik: Es braucht einen klar definierten und strukturierten Prozess, bei dem man als Interessent genau weiss, an wen man sich wenden muss; dazu ist eine Anlaufstelle vor Ort nötig. Dann braucht es die Verbindung zu Startfeld bzw. einem Innovationspark Ost, die das dann in die weiteren Kanäle leiten.

Kommissionspräsident: Was hätte es für Folgen für uns als Kanton, wenn man den Kredit, den wir heute besprechen, entweder streichen oder aber verdoppeln würde?

Dietmar Grichnik: Im Bereich der Start-ups sprechen wir über kleine Beträge. Ich weiss, dass das aus Ihrer Sicht anders ist, und es gibt immer andere Möglichkeiten, die Mittel zu verwenden. Bei der Bundesratsstudie haben wir jedoch ermittelt, dass Kantone wie Waadt oder Fribourg im Vergleich zu St.Gallen mehr machen. Aus meiner Sicht wäre es ein absolutes Muss, den Betrag zu verdoppeln – gewünscht natürlich. Eine Streichung wäre ein verheerend negatives Signal.

Peter Frischknecht: Wenn Sie den Betrag streichen, werden gute Projekte, die eigentlich hier angesiedelt werden könnten, nach Zürich oder andere boomende Standorte abwandern. Mit einer Verdoppelung könnte man noch gezieltere Massnahmen vorsehen. Wir würden die Kommunikation über die Vorzüge und Rollenmodelle hier in der Ostschweiz verstärken. Man könnte gezielter Nebenstandorte aufbauen und dafür sorgen, dass der Hebeleffekt durch die staatlichen Mittel noch grösser würde.

Cornelia Gut-Villa: Die Wirkung einer Verdoppelung wäre nicht gerade nächstes Jahr sichtbar, sondern es wäre eine Investition in die Zukunft.

Müller-Lichtensteig: Prof. Grichnik ist an einer Studie für den Kanton St.Gallen dran. Wird diese in der Umsetzung des Standortförderungsprogramm erarbeitet, oder geht sie weiter und behandelt auch die Anträge aus dem Bericht «Stärkung der Ressourcenkraft» (40.21.02)? Damit werden vom Kantonsrat ganz klar stärkere Massnahmen im Bereich der Start-up-Förderung verlangt.

Karin Jung: Die Erarbeitung der Start-up-Strategie läuft im Rahmen des aktuellen Standortförderungsprogramms, das dann die Grundlage für die Arbeiten des Folgeauftrags bietet, die aus dem Bericht «Stärkung Ressourcenkraft» (40.21.02) resultieren. Dazu gibt es eine separate Vorlage. Es sind zwei aufeinanderfolgende Geschäfte.

Pause von 10.00 bis 10.15 Uhr.

2.3 Inhalt gemäss Botschaft

Regierungsrat Tinner: Vgl. Präsentation Folien 1–25 (Beilage 9)

Fragen:

Wüst-Oberriet zu Teilprojekt 2 (Förderprogramm für Start-ups und Spin-offs; Folie 14): Bei der Beratung des Berichts «Stärkung der Ressourcenkraft des Kantons St.Gallen» (40.21.02) haben wir der Regierung den Auftrag erteilt, eine Gesetzesvorlage zur Förderung von Start-ups und Spin-offs gemäss Teilprojekt 2 zu schaffen. Wird uns dazu in den nächsten Monaten eine Gesetzesvorlage unterbreitet, über die wir abstimmen können?

Regierungsrat Tinner: Genau, dazu gibt es eine separate Vorlage und entsprechend wird es dazu wieder eine vorberatende Kommission geben. Derzeit befinden wir uns in Phase 2, in der verschiedene Interviews durchgeführt werden. Ich gehe davon aus, dass man dem Parlament diese Vorlage im nächsten Jahr zuleiten wird. Ich bin gespannt, wo wir den Fokus setzen werden. Es stellt sich sicherlich auch die Frage nach der Höhe der Mittel, und wo man ansetzen will. Setzt man wirklich bei jedem an, der ein Unternehmen gründen möchte, oder setzt man dort an, wo es um die Wachstumsfinanzierung geht? Das sind Fragen, die in der Phase 2 bei uns intern gemeinsam mit Experten geklärt werden.

Wenn wir die beiden Gastreferate betrachten, könnte man zum Schluss kommen, dass es heute um die Start-up-Finanzierung geht. Darum geht es jedoch nicht vorrangig, sondern wir behandeln das Standortförderprogramm mit den drei verschiedenen Schwerpunkten Basisdienstleistungen, Wirtschaftsförderung und Tourismusförderung.

Zoller-Quarten: Mir ist klar, dass der Kanton nicht versuchen muss, die Projekte der räumlichen Tourismusentwicklungskonzepte (rTEK) umzusetzen. Ist die Unterstützung seitens des Volkswirtschaftsdepartementes aber gewährleistet, wenn es darum geht, mit anderen Departementen abzusprechen, dass Leute in den Arbeitsgruppen involviert sind, die diese Projekte bei uns lancieren?

Regierungsrat Tinner: Diese Unterstützungsleistungen bieten wir selbstverständlich weiterhin an, v.a. den Abgleich mit den anderen Departementen. Speziell bei Arealentwicklungen ist der Austausch nicht nur auf Stufe der Departementsleitungen, sondern auch auf der Stufe Ämter sehr wichtig. Ich stehe mit Regierungsrätin Hartmann in einem sehr engen Austausch, was verschiedenste Projekte betrifft. Wir sind oft auch gemeinsam in verschiedenen Gremien vertreten. Dasselbe findet auch auf der Stufe der Ämter statt. Ich habe bewusst deutlich platziert, dass nicht die Erwartung besteht, dass der Kanton Projekte initialisiert, sondern dass die Initialisierung der rTEK vor Ort von einer anderen Seite kommen muss. Das gilt natürlich auch für die Arealentwicklungen.

Wir haben versucht, im Raum Pizol eine Arealentwicklung zu initiieren mit den Gemeinden Mels, Vilters-Wangs und Sargans. Die politischen Gemeinden haben dem Kostenteil grundsätzlich zugestimmt. Schlussendlich entschied die Ortsgemeinde Mels, dass sie keine Fruchtfolgefläche in einen möglichen Planungserimter geben möchte. Wir haben entschieden, dass wir bei dieser Ausgangslage nichts bearbeiten oder begleiten können, was die Betroffenen schlussendlich nicht wollen. Unsere Türen stehen aber offen, falls inskünftig doch ein Wille vorhanden ist. Hier verstehen wir uns als Dienstleistungsbetrieb.

Simmler-St.Gallen: Sie haben gesagt, wir müssten – wenn wir den vorgeschlagenen Kredit anpassen möchten – sagen, wo Schwerpunkte gesetzt werden sollen. Können wir das überhaupt? Wir stimmen über einen Gesamtkredit ab. Können wir trotzdem heute bestimmen, dass wir irgendwo 100'000 Franken weniger oder mehr einsetzen wollen? Oder können wir im Sinne von Anregungen an die Regierung Schwerpunktsetzungen fordern?

Regierungsrat Tinner: Ich habe nur präventiv auf einen möglichen Vorstoss hingewiesen, indem ich gerne gewusst hätte, wie hoch die übergeordnete Summe wäre, die man gerne zur Verfügung stellen möchte. Es geht um die Stossrichtung. Wir werden in der Spezialdiskussion feststellen, wie die Akzeptanz ist. Ich bin gespannt auf Ihre Überlegungen.

Dobler-Oberuzwil zur Anzahl Arbeitsplätze, die mit dem Standortförderungsprogramm geschaffen werden sollen: Sind dies zusätzliche Arbeitsplätze oder handelt es sich um eine Kompensation für durch den Strukturwandel verlorene Arbeitsplätze?

Daniel Müller: Es handelt sich um neu geschaffene Arbeitsplätze von bestehenden Unternehmen durch Expansionen usw. oder von zusätzlichen Unternehmen, die wir ansiedeln konnten. Nicht in der Statistik erfasst sind die Arbeitsplätze, die durch Start-ups geschaffen wurden. Das sind Arbeitsplätze, die wir im Falle von Ansiedlungen im ersten Jahr erfassen. In der Regel sind es im ersten Jahr ein bis zwei Mitarbeitende, dann wird das Geschäft aufgebaut. Im Hintergrund werden es noch einige geschaffene Arbeitsplätze mehr sein. Im Fall der Ansiedlungen ist der Zielwert bewusst hoch. Wir können diesen nicht immer erfüllen, aber die Ambition besteht, diesen zu erreichen.

Dobler-Oberuzwil: Es geht also nicht einfach um den Bestandserhalt der Arbeitsplätze? Man will eigentlich wachsen und noch mehr Leute anziehen. Der Kanton muss auch bevölkerungsmässig wachsen, gerade in Bezug auf den Fachkräftemangel.

Regierungsrat Tinner: Bei der Richtplanung bestimmte die Regierung das Verhältnis zwischen der Wohnbevölkerung und den Arbeitskräften. Gemäss den Zielen des Raumkonzepts des Kantons St.Gallen soll das Verhältnis von Beschäftigtenzahl zur Bevölkerungszahl von heute 1:2 auf künftig 1.2:2 angehoben werden. Das Verhältnis nach Richtplan ist sicherlich ein übergeordnetes Ziel. Wir werden nicht darum herumkommen, ein gewisses Wachstum in Betracht zu ziehen.

In Bezug auf die Bestandspflege ist auch entscheidend, dass man nicht Unternehmungen im Kanton St.Gallen mit irgendwelchen Mitteln unterstützt, um den Strukturprozess zu verlangsamen. Wichtig ist, dass wir auch politisch immer wieder bereit sind, einen Strukturwandel zuzulassen und diesen nicht verzögern. Je weniger Subventionen zur Verfügung stehen, umso agiler sind alle – dies ist meine persönliche Meinung. Im Härtefallprogramm betreffend finanzielle Unterstützung im Zuge der Coronapandemie für den Monat Dezember 2021 war die Prüfung der Gesuche doppelt so teuer (200'000 Franken) wie die schlussendlich bewilligten Unterstützungsleistungen (100'000 Franken). Die Politik muss sich immer wieder vor Augen halten, wie viele Mittel sie in ein System geben will und welche Effekte dies hat.

Ein Beispiel: Regierungsrätin Hartmann und ich wurden vor einem Jahr mit Personen aus den Ämtern von der Firma Bühler eingeladen. Die Vertreter von Bühler erklärten, sie

könnten bei reisverarbeitenden Anlagen die Reste der Reisschalen nicht kompostieren oder für Tiernahrungsmittel verwerten. Das Ziel war, diese Abfälle zu verbrennen. Sie wollten ein Pilotprojekt durchführen; dies war aber aus umweltschutzrechtlichen Gründen nicht bewilligungsfähig. Wir haben anschliessend über die EMPA mit dem zuständigen Staatssekretariat für Wirtschaft SECO ein Forschungsprojekt daraus gemacht. Ich bin überzeugt, wenn wir dieses Pilotprojekt in Uzwil positiv beeinflussen, dann schaffen wir es, dass Forschung und Entwicklung aufrechterhalten werden können und am Schluss, wenn das erfolgreich ist, können wir irgendwo in Nigeria eine solche Anlage erstellen und aus den Resten Strom anstelle von Kompost und Kompogas herstellen. Das ist eine weitere Herausforderung, indem wir in der staatlichen Verwaltung und in der Politik bereit sind, auch einmal eine Interessenabwägung zu machen. Mir ist wichtig, dass ein Ruck durch die Köpfe geht, so dass wir bereit sind, etwas Neues anzugehen und nicht einfach sagen, dass es nicht geht, weil es irgendwo im Gesetz so steht. Hier konnten die beiden zuständigen Departemente wirklich eine gute Lösung erarbeiten.

Mir hat es gereicht, den Prozess der Integration von Startfeld im Innovationspark Ost zu verfolgen. Dort mischte sich am Schluss sogar noch das schweizerische Handelsregisteramt ein. Wenn wir so unterwegs sind, dann wird der eine oder die andere kein Unternehmen mehr gründen wollen.

Wüst-Oberriet: Wie stark nimmt die Regierung die Korrelation der Standortförderung mit der gewünschten Entwicklung vom Nehmer- zum Geberkanton wahr? Teils fliesst das ineinander und zum Teil «beisst» sich das auch, weil wir einen grossen zweiten Sektor haben, der uns nicht gerade dabei hilft, vom Geber- zum Nehmerkanton zu werden.

Regierungsrat Tinner: Ich weiss nur, dass unsere Ressourcenkraft von 83 auf 86 Indexpunkte angestiegen ist. Ich bin überzeugt, dass wir dem Ziel mit diesen verschiedenen Massnahmen näherkommen. Deshalb schauen wir auch bei Steuererleichterungen immer darauf, ob es allenfalls einen negativen Einfluss auf den Bundesfinanzausgleich gibt. Falls ja, dann gewährt die Regierung in der Regel keine Steuererleichterungsmassnahmen. Das Ziel liegt immer sehr stark auf dem Fokus der Stärkung der Ressourcenkraft. Ich würde nicht pauschal unterschreiben, dass primär die MEM-Industrie eine tiefe Wertschöpfung hat. Wenn man den Branchenkatalog betrachtet, dann gibt es durchaus Teile, die sehr gut laufen und die auch aufgrund der Stossrichtung eine sehr hohe Wertschöpfung haben. Hingegen müssen wir sicher darauf achten, dass wir nicht in erster Linie Branchen fördern, die eine tiefe oder schlechte Wertschöpfung ausweisen. Wir fahren weiterhin breit. Wir müssen Bestehendes pflegen und weiterhin attraktive Arbeitsplätze zur Verfügung stellen.

3 Allgemeine Diskussion

Dudli-Oberbüren (im Namen der SVP-Delegation): Auf die Vorlage ist einzutreten.

Die SVP-Delegation anerkennt die Wichtigkeit, den Kanton St.Gallen zu vermarkten bzw. die positiven Eigenschaften unseres Kantons und der weiteren Region bekannt zu machen, denn die Vorzüge des Kantons sind nicht überall publik. Zudem steht der Kanton im ständigen Wettbewerb zu anderen Regionen im In- und Ausland. Mit der Akkreditierung des Switzerland Innovation Park Ost, dem Aufbau des Joint Medical Masters sowie der IT-Bildungsoffensive wurden in den vergangenen Jahren wichtige Meilensteine für die Sicherstellung eines langfristig prosperierenden Wirtschaftsstandorts St.Gallen erreicht.

Auch die kürzliche Lancierung eines neuen Onlineportals für Wirtschaftsflächen ist positiv zu bewerten. All diese Engagements sollten sich künftig in überdurchschnittlichen Innovations- und Bildungsvorteilen manifestieren.

Wie der Botschaft zu entnehmen ist, fokussiert sich die Standortförderung nicht nur auf Grossprojekte und Grossansiedlungen. Die SVP-Delegation begrüsst diese bislang praktizierte Handhabung und dies soll auch zukünftig so gehandhabt werden. D.h., auch kleinere, potenziell entwicklungsfähige Belange sollen in alle Standortförderungs-Überlegungen miteinbezogen werden. Erfreulicherweise zeigt sich verstärkt, dass der Kanton St.Gallen auch für Start-ups und Spin-offs zunehmend als attraktiver Unternehmensstandort mit aussichtsreichen Perspektiven gilt. Nicht selten macht es eben der richtige Mix aus. Und zwar nicht nur mit Blick in die Zukunft, sondern auch mit Blick auf die bereits erarbeiteten Errungenschaften, welchen bewusst Sorge getragen werden soll, denn die Rückgewinnung einmal verlorener Arbeitsplätze ist meist bedeutend schwieriger als die Gewinnung neuer Arbeitsplätze. Insofern ist der Kanton gehalten, den Errungenschaften mittels passender Massnahmen und angepasster Rahmenbedingungen Sorge zu tragen.

Auch sind Alleingänge zu vermeiden. Diese sind mehrheitlich unverhältnismässig teuer und zudem von weniger Erfolg gekrönt, als wenn in grösseren Verbänden oder Partnerschaften vorgegangen wird; und zwar auch dann, wenn in der Vergangenheit Partnerschaften gescheitert sind. Daraus sind die entsprechenden Lehren zu ziehen. Vorauszusetzen ist die Kooperationsfähigkeit mit und die Nutzung von bestehenden Strukturen und Grundlagen. Gefragt ist also ein flexibles, lösungsorientiertes, kantons- und gar landesübergreifendes Vorgehen.

In der Botschaft werden zwar diverse interessante Belange wie eine Spin-off-Analyse, eine Start-up-Strategie und acht in das aktuelle Standortförderungsprogramm eingeflossene Handlungsempfehlungen angesprochen; sie enthält aber keine eingehenden Erläuterungen. In Sachen Ansiedlungsprogramm – insbesondere, was Neuansiedlungen von Unternehmen und Kongressen wie auch Events anbelangt – vermissen wir einen konkreten, detaillierten Rückblick über die erreichten und nicht erreichten Ziele aus den letzten Standortförderungsprogrammen wie auch eine detaillierte Vorschau über konkrete Vorhaben im neuen Standortförderungsprogramm. Zudem wären Quervergleiche mit Standortförderungsprogrammen anderer Kantone – insbesondere der Kantone Thurgau, Luzern, Aargau und Zürich – sehr aufschlussreich. Wir möchten der Regierung beliebt machen, diese Punkte in die Botschaft für das nächste Standortförderungsprogramm aufzunehmen.

Schorer-St.Gallen (im Namen der FDP-Delegation): Auf die Vorlage ist einzutreten.

Wir sind überzeugt, dass geplante und praktisch angelegte Mehrjahresprogramme der Standortförderung durch die gezielte Förderung von Wirtschaft, Innovation und Tourismus einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Ressourcenstärke beitragen können.

Das Standortförderungsprogramm 2019 bis 2022 scheint trotz widrigen Umständen die Ziele erreicht zu haben und einen Beitrag an die Attraktivität des Kantons St.Gallen geleistet zu haben. Für die kommende Periode wird ein Sonderkredit von 11,8 Mio. Franken

beantragt. Werden diese Gelder wirkungsorientiert eingesetzt, ist der Sonderkredit sicherlich richtig. Auch erachten wir die Synchronisierung der Bundesprogramme als richtig und wichtig. Wo aber sollen die Mittel eingesetzt werden? Es gibt Stossrichtungen, bei welchen in den letzten Jahren wichtige Grundsteine gelegt wurden: Innovation, Start-ups, Medizin, ICT und wissensbasierte Unternehmen. Aus Sicht der FDP-Delegation müssen diese gepflegt und weiterentwickelt werden und die Rahmenbedingungen für die Attraktivität des Kantons müssen verbessert werden.

Wir begrüßen den Aufbau des neuen Programms sowie die klaren Strukturen und die Setzung von qualitativen und quantitativen Zielen, wobei selbstverständlich auch wichtig ist, dass eine gewisse Flexibilität und die Nutzung von Chancen und Möglichkeiten offen bleibt. Vier Aufgabenbereiche sind für uns zentral:

Der Bereich Innovation: Wir haben heute bereits einiges über die Strategie im Bereich Start-up-Förderung gehört, wo der Risiko-Fonds geprüft werden soll. Die FDP-Delegation hat mit ihrer Interpellation «Vision SG 2030: Start-up-Förderung umgehend einführen» (51.21.91) bereits zum Ausdruck gebracht, dass es uns ein Anliegen ist, dass diese Strategie rasch und praxisorientiert entwickelt wird. Wichtig dabei ist auch, die Brücke zwischen Wissenschaft und Unternehmertum zu schlagen. Insbesondere im Tech-Bereich bleiben die Start-ups dort, wo in die Technologieinnovation investiert wurde – und damit kann ein nachhaltiger Beitrag an das Unternehmertum geleistet werden.

Der Bereich Wirtschaftsstärke: Genauso wichtig wie die Stärkung der Innovation sind die Bestandspflege und der Bereich Neuansiedlungen. Die Wirtschaftskluster, in welchen Grundsteine gelegt wurden bzw. Stärken vorhanden sind, sollen über die gesamte Wertschöpfungskette gestärkt werden. Hier verorten wir auch die internationale Standortpromotion. Wir stellen fest, dass diese sich in der heutigen Form für den Kanton St.Gallen nicht genügend etabliert hat – in diesem Punkt besteht Handlungsbedarf.

Der Bereich Umsetzung/Rahmenbedingungen: Die im Standortförderungsprogramm aufgeführten Schwerpunkte sind alle verknüpft und müssen deshalb passend verzahnt werden. Neben der Förderung mit finanziellen Ressourcen ist es wichtig, dass die Standortförderung bestehende Initiativen weiterentwickelt und teilweise zusammenführt und nicht laufend neue Projekte lanciert werden. Es soll eng mit Partnerinnen und Partnern zusammengearbeitet werden und nicht durch Neues Bestehendes kannibalisiert und damit die Wirkung und die Schlagkraft der einzelnen Initiativen minimiert werden. Die Standortförderung hat in diesem Sinne die Aufgabe, Brücken zu bauen. Ein gutes Beispiel dafür sind der Innovationspark Ost und das Startfeld. Wir sind überzeugt, dass durch die Zusammenführung im Bereich Innovation und Start-up die Schlagkraft stärker wird und mehr Wirkung erzielt werden kann. Im Bereich «Fachkräfte-Gewinnung» bestehen aktuell noch sehr viele verschiedene Initiativen. Wir glauben, dass auch hier eine Konsolidierung richtig wäre. Es gibt bestehende Initiativen und erneut stehen Aktivitäten für die Gewinnung von Fachkräften im Ausland an. Auch hier gilt es, bestehende Plattformen weiterzuentwickeln und nach Möglichkeit zu konsolidieren, so dass nicht wieder neue Plattformen und neue Projekte lanciert werden müssen.

Der Bereich standortbezogene Rahmenbedingungen (bspw. Raumplanung, Erschliessung und Erreichbarkeit sowie Verfahren und Handling mit Unternehmen in der Verwaltung): Hier soll und muss die Standortförderung eine proaktive Rolle innerhalb der Verwaltung

spielen und als Schnittstelle zu den Gemeindeverwaltungen möglichst aktiv sein, um sich für attraktive Rahmenbedingungen einzusetzen. Dies im Bewusstsein, dass diese Aufgaben oftmals schwierig und in anderen Ämtern bzw. Departementen oder politischen Ebenen angesiedelt sind. Trotzdem soll die Standortförderung bestrebt sein, proaktiv Einfluss zu nehmen und kantonale Leitplanken möglichst fortschrittlich und unternehmerfreundlich auszugestalten, denn die Rahmenbedingungen, welche ein Unternehmen antrifft, sind sehr relevant im Standortwettbewerb. Hier nützen manch andere Aktivitäten nicht so viel.

Wir erachten das Mehrjahresprogramm als gute Arbeitsgrundlage für die nächsten Jahre und sind gespannt auf die konkrete Ausarbeitung.

Simmler-St.Gallen (im Namen der SP-Delegation): Auf die Vorlage ist einzutreten.

Wir sprechen hier bei einer 5-Jahresperiode über sehr kleine Beträge, kleine Inputs, die man setzen kann. Diese sind nicht unwichtig, aber man muss realistisch sein. Wenn man will, dass der Kanton St.Gallen jetzt richtig auf die Tube drückt und sich strukturell verändert, dann muss man über grössere Beträge und Inputs sprechen.

Beim Thema «Standortförderung» muss man etwas aufpassen, nicht auf allzu allgemeine Politfelder abzudriften, da selbstverständlich fast alles, was wir im Kantonsrat machen und beschliessen, mehr oder weniger direkt mit Standortförderung zu tun hat. Ein attraktiver Kanton ist natürlich standortattraktiv. Auch die SP-Delegation bestreitet i.d.S. nicht die grundsätzliche Ausrichtung der Standortförderung und das im Bericht definierte Ziel, für Unternehmen und Fachkräfte attraktiv zu sein, also Standortförderung als Wirtschaftsförderung zu verstehen. Gleichzeitig möchten wir aber betonen, dass wirtschaftliche Attraktivität nicht völlig unabhängig von anderen Attraktivitätsfaktoren beurteilt werden kann.

Grundsätzlich sind wir mit der Stossrichtung des Standortförderungsprogramms einverstanden und werden es auch unterstützen. Was uns aber vom Fokus her gar nicht gefiel: Es ist zwar im Bericht erwähnt, dass wir ein grosses Fachkräfte- und Personalproblem haben, was sich sicher noch verschärft hat, denn man spürt jetzt, dass Leute fehlen. Es wird auch etwas gemacht in diesem Bereich, aber man sieht auch den Fokus, dass Fachkräfte als Basisdienstleistung verstanden werden, und für die Unternehmensansiedlung geben wir deutlich mehr Mittel aus; dieses Thema nahm im Bericht auch viel mehr Raum ein. Wir können viele Unternehmen ansiedeln, aber wenn wir die Fachkräfte nicht haben, nützen uns diese Unternehmen nichts. Ist das wirklich der richtige Fokus? Mit Fachkräften kommen vielleicht auch Unternehmen zu uns. Es ist sicherlich nicht getrennt voneinander, aber das Ziel zu haben, möglichst viele Unternehmen in der Ostschweiz und im Kanton St.Gallen anzusiedeln, mit der naiven Hoffnung, dass die Fachkräfte dann nachkommen, das stimmt für uns nicht ganz. Wir hätten uns im Bereich Fachkräfte einen stärkeren Fokus erhofft, da wir der Meinung sind, dass das in nächster Zeit schneller ein akutes Problem wird. Wenn man etwas mehr darauf fokussiert hätte, dann hätten uns auch Sachen wie Kinderbetreuung interessiert. Wir haben die Vorlagen zur staatlichen Unterstützung von Angeboten, aber wie könnte man auch in der Standortförderung diesbezüglich Unternehmen anhalten, eine arbeitsplatznahe Kinderbetreuung anzubieten? Wir wissen, dass die am einfachsten gewonnenen Fachkräfte diejenigen sind, die bereits im Kanton wohnhaft sind. Sie brauchen keine zusätzliche Wohnung oder Platz im Zug, sondern sie sollten einfach attraktive Möglichkeiten haben, um zu arbeiten. Das ist auch ein wichtiges Thema

für die Ansiedlung von jungen Eltern. Der Kanton Zug stösst bspw. an Grenzen. Dort können Leute noch hinziehen, aber sie finden über mehrere Jahre hinweg keine Kinderbetreuungsplätze. Es sind auch noch andere Dinge, die mitspielen, wie die Arbeitsplatzqualität. Mit dem Aufkommen des Home-Office hat sich viel verändert. Diesbezüglich hätten wir uns ebenfalls Ausführungen gewünscht, wie sich der Fokus bei der Gestaltung von Arbeitsplätzen verändert hat. Ein grosses Thema ist ferner die Abwanderung von Hochschulabgängerinnen und -abgängern. Das ist eine grosse Herausforderung in diesem Bereich. Hier hoffen wir, dass die Bestrebungen wirksam werden.

Ein zweiter grosser Kritikpunkt der SP-Delegation ist der unkritische Umgang mit dem Ziel «Wachstum». Ich möchte keine Grundsatzdiskussion darüber führen, wie viel Wirtschaftswachstum gut oder schlecht ist. Wir haben in diesem Bericht jedoch das Ziel, möglichst viele Arbeitsplätze zu schaffen. Mehr Arbeitsplätze bedeuten auch mehr Leute. Wir haben aber nur beschränkt Ressourcen. Vielerorts besteht die politische Überzeugung, dass man nicht mehr Leute möchte. Gleichzeitig wollen wir hier ganz klar mehr Leute, die hier arbeiten, und wir wollen mehr Unternehmen ansiedeln. Wir möchten mehr einzonen und mehr bauen. Der Fokus liegt klar auf dem Wachstum. Ich bin mir nicht sicher, ob dies so unkritisch noch dem Zeitgeist entspricht? Ich hätte mir gewünscht, dass man bspw. bei der Arbeitsplatzschaffung auch mehr auf qualitative Kriterien geht: bspw. welche Art Arbeitsplätze? Auch hier kann ein Zusammenspiel entstehen: Wo wohnen die Leute, wollen die Gemeinden überhaupt, dass dort mehr Leute arbeiten? Hier darf man nicht einfach sagen: Die Standortförderung hat ihren Job erledigt, wenn eine bestimmte Anzahl Personen mehr im Kanton St.Gallen arbeitet. Sondern es soll auch im Verhältnis zum Wirtschaftswachstum stehen. Mehr Leute, die sich mehr Wohlstand teilen, bedeutet pro Person nicht mehr Wohlstand. Hier wäre eine etwas differenziertere Auseinandersetzung für die nächste Periode wünschenswert; geht es überhaupt so weiter mit begrenzten Ressourcen?

Dobler-Oberuzwil (im Namen der Die Mitte-EVP-Delegation): Auf die Vorlage ist einzutreten.

Die Standortförderung soll durch gezielte Wirtschafts-, Innovations- und Tourismusförderung einen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit des Kantons St.Gallen leisten. Ziel ist es, dass wir ein möglichst hohes, kaufkraftbereinigtes Bruttosozialprodukt pro Kopf generieren, und dies auch noch ressourcenschonend. Obgleich wir im Schatten von Zürich, Zug und Basel stehen, spielen wir in Europa und speziell auch im Bodenseeraum in der obersten Liga mit. Wenn wir die weichen Faktoren wie die Wohnsituation und die Freizeitmöglichkeiten berücksichtigen, sind wir schon ganz nahe am Paradies. Die Lebensqualität ist in unserem Kanton doch um einiges höher als in den grossen Städten zu bezeichnen.

Wir merken jetzt aber langsam, dass noch mehr Wachstum und materieller Wohlstand immer mehr zur Quadratur des Kreises wird. Natürlich müssen wir uns anstrengen, unsere Position zu halten. Wir blenden aber gerne aus, dass die Rahmenbedingungen schlechter, ja sogar teils existenzbedrohend werden können (Klimawandel, Trockenheit, Energieknappheit). Dies gilt aber auch für unsere Mitbewerber im In- und im nahen Ausland; wir bewegen uns in Mitteleuropa ja alle im gleichen Wirtschaftsraum.

Die gesteckten Ziele des Programmes 2019 bis 2022 wurden mit coronabedingten Abstrichen weitgehend erreicht. Was die Aktivitäten auf die Wirtschaftsentwicklung unseres

Kantons für Auswirkungen haben, ist schon schwerer zu messen. Unsere Delegation hat vorgängig Fragen zu den Ansiedlungen der letzten zehn Jahre wie auch zur detaillierten Verwendung der Mittel zu Gunsten der einzelnen Schwerpunkte gestellt. Diese Fragen wurden bereits beantwortet (vgl. Beilage 6) und können in der Diskussionsrunde noch besprochen werden.

Die Auswirkungen der Coronapandemie auf die Wirtschaft waren vielleicht nur der Anfang einer sehr anspruchsvollen Zeitepoche. Vom Krieg in der Ukraine sind wir ebenfalls betroffen. Es wird zwar nicht mehr unmittelbar vor unserer Haustüre gekämpft, wie dies im zweiten Weltkrieg geschah, aber wirtschaftlich ist die Situation ähnlich oder sogar dramatischer als in der Mitte des letzten Jahrhunderts, weil wir als Gesellschaft viel abhängiger von Energie-, Rohstoff- und Halbfabrikaten sind. Dazu kommen noch der Klimawandel und die demografische Entwicklung, die unsere Wirtschaftsentwicklung beeinflussen werden. Aus meiner Sicht sind es folgende Themen, die die Standortförderungsmassnahmen übersteuern werden:

Energieversorgung: Die sichere Versorgung mit genügend günstiger und sauberer Energie ist die Grundlage für unsere Existenz und den materiellen Wohlstand. Diese ist mittelfristig akut gefährdet. Nicht nur ausbleibende Gaslieferungen, sondern auch die Nichtverfügbarkeit von Atomkraftwerken in Frankreich bereiten uns grosse Sorgen. Es wird uns auch vor Augen geführt, dass wir mit der Energiewende erst am Anfang stehen. Wir sprechen zwar seit 30 Jahren davon, aber wir haben noch praktisch nichts unternommen. Unsere Bevölkerung ist sich gar nicht bewusst, was auf dem Spiel steht. Auch wenn sich die Liefersituation wieder normalisiert, wird die Welt nicht mehr die gleiche sein. Der sicheren und klimaschonenden Energieversorgung muss eine viel grössere Beachtung geschenkt werden. Für die kommenden Monate sehe ich schwarz. Das Szenario «Blackout» in der Stromversorgung wird von Politik und Gesellschaft völlig verdrängt. Niemand will zuständig sein, in der Branche ist man ratlos, wie man dieser realen Gefahr begegnen soll.

Fachkräftemangel: Sämtliche Branchen klagen über den Fachkräftemangel. Es fehlt aber nicht nur an Akademikern und hochwertigen Fachleuten, sondern ganz einfach an guten Handwerkern. So findet bspw. eine Energiewende nur mit motivierten Handwerkern statt. Die wenigen Bewerber auf eine Lehrstelle im Gewerbe sind zu einem grossen Teil praktisch und intellektuell ungenügend vorbereitet und lassen sich auch nicht fördern, weil ihnen vielfach schlichtweg die Motivation fehlt. Viele der heute und in Zukunft fehlenden Fachkräfte wurden gar nie geboren. Problematisch ist auch, dass viele der jüngeren Generation nur noch Teilzeit arbeiten wollen. Das sind nicht nur die Familienväter bzw. die Familien, die sich die Arbeit teilen wollen, sondern auch viele Junge, die es einfach nicht nötig haben oder das zumindest glauben. Das ist eine Wohlstanderscheingung, die sich irgendwann rächen wird (Altersvorsorge usw.). Zudem haben wir es mit unserer Bürokratisierung fertiggebracht, die Effizienzgewinne, die wir durch die technischen Fortschritte einschliesslich IT erlangt haben, wieder zu verspielen.

Die Festung Hellsberg im unteren Rheintal wurde während des Zweiten Weltkrieges innert zwei Jahren realisiert. Der Bau einer kleinen Trafostation auf einem Landwirtschaftsbetrieb zur Anbindung einer grossen Photovoltaikanlage dauert gemäss der St.Gallisch-Apenzellischen Kraftwerke AG (SAK) ebenso lang – da machen wir doch etwas falsch? Immer wieder wird gesagt, dass wir mit dem technischen Fortschritt, vor allem in der IT und

Automatisierung Arbeitskräfte einsparen und so den Fachkräftemangel entschärfen können. Dazu brauchen wir aber eine sichere Energie- und Rohstoffversorgung. Die gesamte IT benötigt wahnsinnig viel Energie, was völlig unterschätzt wird. Vielleicht werden wir im nächsten Winter wieder mehr von Hand machen und die Einheit für Leistung ist nicht mehr Kilowatt sondern wieder «Pferdestärke».

Versorgungengpässe: Die Globalisierung bescherte uns sicher sehr günstige Produkte, u.a., weil wir viel in Niedriglohnländer ausgelagert haben. Deshalb ist unsere CO₂-Bilanz noch ziemlich geschönt, denn produziert wird nicht mehr bei uns, sondern im Osten. Das hat einige Jahrzehnte sehr gut funktioniert. Jetzt aber sind die Lieferketten gestört und einfache Teile, die bis anhin innert Wochenfrist erhältlich waren, können heute mehrere Monate nicht geliefert werden. Von den Preissteigerungen wollen wir gar nicht sprechen. Vielleicht wird sich die Lage wieder entschärfen, jetzt aber mit dem Taiwan-Konflikt bin ich nicht so überzeugt, dass dies so schnell passieren wird.

Unternehmen werden geboren, leben und sterben auch wieder. Damit gehen auch Arbeitsplätze verloren, wenn sie nicht an weitere Generationen übergeben werden können. Somit ist es wichtig, dass auch immer wieder neue Unternehmen entstehen. In den kommenden Jahren geht die Generation der Babyboomer-Unternehmer in den Ruhestand. Nachfolger zu finden, wird für viele schwierig werden, gerade in Gewerbebetrieben, weil sich auch hier der Fachkräftemangel und die fehlende Bereitschaft der potenziellen Kandidaten, Unternehmer zu werden, bemerkbar machen. Das Standortförderungsprogramm, das wir heute beraten werden, ist für mich etwas ein «Schönwetterprogramm». Wir bewegen uns im Prinzip im geordneten Rahmen der letzten zwei Generationen. Wir können es jetzt so durchberaten und auch durchwinken. Wir sollten uns aber bewusst sein, dass wir eigentlich viel grössere Probleme hätten, die wir zu lösen haben. Die Frage, ob es in der jetzigen Zeit mit all den Herausforderungen von aussen Sinn ergibt, neue Arbeitsstätten anzuwerben, darf gestellt werden.

Schwager-St.Gallen (im Namen der GRÜNE-Delegation): Auf die Vorlage ist einzutreten.

Wir unterstützen grundsätzlich die Standortförderung im Rahmen eines Mehrjahresprogramms. Ich möchte aber einige grundsätzliche Bemerkungen einbringen, die auf einer ähnlichen Flughöhe sind, wie wir es bereits von Dobler-Oberuzwil gehört haben.

Der erste Teil der Vorlage widmet sich der Berichterstattung zur Programmperiode für die Jahre 2019 bis 2022. In der Einleitung wird festgehalten, dass viele Massnahmen erst mittel- bis langfristig wirken, und dass sich der Erfolg des Programms nicht verlässlich messen lässt. Trotzdem wird die Berichtsperiode insgesamt positiv beurteilt: Es seien wert-schöpfende Aktivitäten und gezielte Projekte initiiert und realisiert worden.

Positiv zu bewerten ist sicher der Beitrag der Standortförderung zur Umsetzung des Härtefallprogramms zur Bewältigung der Coronapandemie. Gleichzeitig muss man aber auch festhalten, dass die Standortförderung nicht zur Bewältigung einer Pandemie geschaffen wurde. Diese Aufgabe wurde aus der Not heraus über dieses Gefäss abgewickelt. Ich kritisiere das nicht, sondern halte es einfach fest. Hätte unser Kanton, wie viele andere Kantone auch, kein Mehrjahresprogramm Standortförderung zur Verfügung gehabt, hätten andere Mechanismen für die Umsetzung der Härtefalllösungen greifen müssen. Der Kanton

St.Gallen ist, wie die ganze Schweiz, nicht gestärkt aus der Coronakrise herausgekommen. Diese Krise ist auch noch nicht wirklich definitiv ausgestanden. Aber immerhin hat die Schweiz und damit auch unser Kanton im Vergleich mit anderen Ländern unter Covid-19 wirtschaftlich weit weniger gelitten. Das ist kein «Verdienst» der Standortförderung, sondern der wirtschaftlichen Stabilität und dem grossen Reichtum der Schweiz zu verdanken.

Was uns die Coronakrise hat spüren lassen ist, wie verwundbar moderne Gesellschaften in Krisensituationen wurden, und v.a. auch, wie gross die gegenseitige Abhängigkeit in einer globalisierten Welt ist. Die Schweiz war in der Pandemie nicht einmal in der Lage, sich selbst ausreichend mit Mundschutzmasken zu versorgen. Zwei Schweizer Jungunternehmer haben mit importierten mangelhaften Schutzmasken Millionen verdient. Sie kennen die Geschichte, dass der Bund und der Kanton Zürich gemeinsam in einer «Hauruck-Übung» eine Produktionsmaschine für Schutzmasken importierten, die dann bei der FLAWA Consumer GmbH in unserem Kanton für eine Maskenproduktion mit guter Qualität sorgte. Das war ebenfalls keine Standortförderung, sondern schlicht Krisenmanagement.

Aktuell stehen wir vor einer weiteren grossen Krise aufgrund des Aggressionskriegs von Russlands gegen die Ukraine. 60 Prozent der 1,5 Mio. Wohngebäude in der Schweiz werden fossil beheizt. Das sind 900'000 fossile Heizungen. Betroffen von einer Energieknappheit bzw. Verteuerung wird auch die Industrie sein. Im Gegensatz zu Dobler-Oberuzwil glaube ich nicht an einen Blackout, aber die Zeit der billigen Energie ist definitiv vorbei. Es ist deshalb zu hoffen, dass der nächste Winter mild wird. Im Gegensatz zur Coronakrise wird die Standortförderung aber auf jeden Fall keinen positiven Beitrag zur kurzfristigen Bewältigung der Energiekrise leisten können. Auch das ist keine Kritik, sondern nur eine Feststellung.

Was uns der Sommer dieses Jahres in aller Dringlichkeit aufzeigt, sind die drastischen Folgen der Klimakrise: Nicht in 10, 20 Jahren, sondern jetzt. Im Bereich der Landwirtschaft ist es nicht der Wolf, der die höchsten Schäden verursacht, sondern die Dürre und damit die steigenden Wasserpreise. Für die grosse Zahl an Vieh in den Alpen stehen zu wenig Futtermittel parat: Es wird immer häufiger zu Notschlachtungen kommen. Auch die Energieversorgung leidet unter dem Wassermangel. Das wird in Zukunft weiter drastisch zunehmen, erst recht, wenn die Gletscher weiter wegschmelzen. Durch die Einschränkung der Rheinschifffahrt aufgrund des Wassermangels drohen Engpässe bei der Versorgung mit Massengütern, auch mit fossilen Energieträgern.

Das Mehrjahresprogramm der Standortförderung will durch gezielte Wirtschafts-, Innovations- und Tourismusförderung einen Beitrag zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit des Kantons leisten – das ist auch richtig. Regieren heisst vorhersehen. Vorhersehen müssen wir die Klimakrise nicht mehr – sie ist da. Wir müssen endlich auf diese Krise reagieren – das bedeutet auch regieren. Als wir in diesem Parlament über Wil West diskutierten, konnte unsere Fraktion gut begründet zu diesem Projekt nicht ja sagen. Ich werde in der Detailberatung darauf zurückkommen.

Regierungsrat Tinner: Ich bedanke mich für die grundsätzlich positive Aufnahme unseres Standortförderprogramms. Entscheidend ist, dass wir hier ein Standortförderprogramm diskutieren, und andere Anliegen, die jetzt v.a. von Dobler-Oberuzwil und Schwager-

St.Gallen erwähnt wurden, in anderen Geschäften und Vorlagen diskutiert werden müssen. Ich erinnere bspw. an den Bericht «Strategie zur Anpassung an den Klimawandel im Kanton St.Gallen» (40.21.03). Die Antwort der Regierung wird im September 2022 diskutiert werden, es folgen auch der Bericht Wasserressourcen und die Energiekonzeption des Kantons St.Gallen. Das sind Teilaspekte, die wir in diesem Standortförderprogramm nicht allumfassend angehen können.

Was sicher wichtig ist, und diese Diskussion fällt mir nicht nur hier, sondern auch durchaus auch in der medialen Berichterstattung auf: Wir erwarten von Bund und Kantonen im Bereich der Energieversorgung Massnahmen. Es ist Fakt, aufgrund der wirtschaftlichen Landesversorgung sind primär die Unternehmungen dafür zuständig, dass wir genügend Güter in der Schweiz haben. Der Bund steuert gewisse lebensnotwendige Güter über Pflichtlagerbestände, damit wir auch entsprechend versorgt sind. Aufgrund der Bundeszuständigkeit bestehen klare Vorgaben von Seiten des Bundes.

Wir leben in einer Welt der Arbeitsteilung. Wenn die Arbeitsteilung in eine Schieflage kommt, sorgt auch die Wirtschaft dafür, dass gewisse Prozesse wieder in ein anderes Land oder zurückverlagert werden müssen. Es wäre jedoch falsch zu denken, mit einem staatlichen Interventionismus könne man diese Arbeitsteilung in die eine oder andere Richtung bewegen. Auch hier wäre ein Standortförderprogramm im Übrigen das falsche Instrument. Die von Dudli-Oberbüren erwähnten Kantone haben keine Standortförderungsprogramme, deshalb ist es unmöglich, einen Vergleich vorzunehmen.

Es gibt verschiedenste Initiativen im Kanton, u.a. die IT-Bildungsoffensive, den Joint Medical Master und auch andere Programme, die dem Fachkräftemangel zumindest entgegenwirken. Fakt ist aber, und das ist ein konjunkturelles Zeichen, dass wir derzeit in der Schweiz mehr als Vollbeschäftigung haben. In einem Referat des Chefs des damaligen SECO in den 1980er-Jahren hiess es: «Wir leiden an einem akuten Fachkräftemangel». Das wiederholt sich immer wieder in konjunkturellen Zyklen. Ich bin aber auch überzeugt, dass wir mit einer guten Ausbildung unter Aufrechterhaltung des dualen Bildungssystems in der Schweiz die unschlagbare Möglichkeit haben, gute, praxisbezogene Arbeitskräfte auszubilden und der Wirtschaft zur Verfügung stellen zu können. Diese haben die Möglichkeit, anschliessend noch auf dem zweiten Bildungsweg oder direkt über die Matura ein Studium zu absolvieren. Das ist eine erhebliche Stärke der Schweiz. Ich bin überzeugt, dass die Unternehmungen dazu ebenfalls einen Beitrag leisten müssen. Nur zu meinen, das werde dann das Bildungsdepartement lösen, wäre ein Irrglaube. Bei den Firmenbesuchen im Rahmen der Bestandespflege frage ich immer nach, wie sie ihre Leute aus- und weiterbilden. Hier gibt es ganz interessante Überlegungen und Programme der Unternehmungen selber, weil sie wissen, dass das eine Ressource ist, die letztlich auch einen Standortvorteil darstellt.

Simmler-St.Gallen hat die Kinderbetreuung angesprochen: Hierzu gibt es ein Programm, dafür ist aber das Departement des Innern zuständig. Wir müssen die Zuständigkeiten thematisch so zuweisen, dass sie dort angesiedelt sind, wo sie hingehören. Die Diskussion zeigt, dass das Volkswirtschaftsdepartement als Querschnittsdepartement immer wieder mit verschiedensten Themen in Berührung kommt. Dort, wo es notwendig ist, versuchen wir auch, zu Lösungen beizutragen.

Mittagspause von 11.45 bis 13.20 Uhr.

4 Spezialdiskussion

4.1 Beratung Botschaft

Abschnitt Zusammenfassung

Schwager-St.Gallen: Im 3. Abschnitt auf S. 2 wird darauf hingewiesen, dass die Ostschweiz überdurchschnittlich von Ereignissen mit Auswirkungen auf den globalen Waren- und Personenverkehr betroffen ist. Es ist absehbar, dass die bisher immer mehr praktizierte just-in-time-Lieferung von Waren und das Reisen allgemein schwieriger werden. Es gilt aus meiner Sicht darum, dass wir unsere Wirtschaft verstärkt auf Resilienz trimmen. Der Fokus auf den Engpass bei Lieferketten und Logistik zu legen heisst, uns als Kanton oder als Schweiz weniger abhängig zu machen und nicht immer alles auszulagern, weil die Produktion im Ausland auf den ersten Blick billiger ist. In Krisensituationen kann das sehr schnell zum Bumerang werden – ein Beispiel habe ich bereits beim Eintreten erwähnt. Das gilt allerdings nicht nur für Schutzmasken, sondern auch für Medikamente und insbesondere die Energieversorgung.

Abschnitt 1.2.1 (Arbeits- und Fachkräfte)

Simmler-St.Gallen: Mir ist aufgefallen, dass bei den finanzierten Sachen von einem «Generationentalk» die Rede ist. Es ist mir ein Anliegen, dass die Sachen, die gefördert werden, mit der Standortförderung im engeren Sinn zu tun haben. Inwiefern ist dies beim «Generationentalk» der Fall?

Daniel Müller: In diesem Abschnitt sind auch Sachen aufgeführt, die wir im Rahmen eines Sponsorings unterstützt haben. Das kann bspw. ein Anlass sein, den das Standortförderungsprogramm auf Anfrage zum Teil in Form eines Sponsorings – nicht unbedingt mit personellen Ressourcen – unterstützt. Das war ein solcher Fall. Dieses Projekt haben wir zusammen mit dem Kanton Thurgau gemacht. Es ist manchmal so, dass man als Kanton – wenn ein anderer Kanton das auch tut – es im selben Rahmen mitunterstützt.

Abschnitt 1.2.2 (Innovation)

Brändle-Bütschwil-Ganterschwil zum Forschungs- und Innovationszentrum RhySearch: Hier wurde eine neue Strategie festgelegt. Seit Jahren gab es die Diskussion um die Drittelsfinanzierung. Das Ziel war, dies bis im Jahr 2021 zu Stande zu bringen. Heute habe ich dazu nichts gehört. Wie funktioniert die Finanzierung aktuell?

Regierungsrat Tinner: Die Ziele der Drittelsfinanzierung je Träger werden fast erreicht. Die Regierung schaut beim Abschluss des jeweiligen Jahresberichts und der Leistungsvereinbarung, dass RhySearch die Zielsetzung jeweils einhalten kann.

RhySearch versucht derzeit, zusätzliche Forschungsbeiträge vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) zu erhalten. Ehrlicherweise wird sich RhySearch jedoch nie selbst finanzieren können. Beim Innovationspark sagten wir, nach zehn Jahren müsse er selbsttragend sein. Bei RhySearch haben wir einen Beschluss, der die nötigen Mittel immer wieder zur Verfügung stellt. Wir behalten das aber im Auge.

Schorer-St.Gallen: Was ist die Funktion von INOS und was ist die Schnittstelle zur Jungunternehmerförderung?

Daniel Müller: Uns ist es ein grosses Anliegen, dass wir Stärken stärken, aber dort, wo es Ergänzungen gibt, komplementäre Programme zulassen. INOS ist ein Innovationsnetzwerk, das die KMU-Landschaft anspricht und Beratungsdienstleistungen für bestehende KMU anbietet, wie sie an ihre Innovationsförderinstrumente herankommen. Es gibt Coaches, die Innovationsvorhaben beurteilen. Das Netzwerk verbindet KMU auch mit anderen, die an gleichen Themen forschen – das können Hochschulen oder Fachhochschulen sein. Das ist ein Unterschied zur klassischen Start-up Beratung, in der man Start-ups mit tendenziell ganz anderen Fragen bedient. INOS ist nicht deckungsgleich mit dem, was wir vom Startfeld gehört haben. Das ist eine ganz andere Zielgruppe, die angesprochen wird. Auf der Webseite von INOS⁶ ist alles Weitere erläutert. Dieses Programm wird von den Ostschweizer Kantonen gemeinsam betrieben. Wir versuchen, das in Abstimmung mit unseren Nachbarkantonen zu machen, damit wir keine Redundanzen schaffen, sondern diese Synergien optimal nutzen.

Kommissionspräsident: Sind bei INOS die sieben Kantone dabei, von denen wir heute Morgen gehört haben?

Daniel Müller: Es sind acht Kantone. Dieser Perimeter ist vom Bund definiert. Basel ist nicht dabei, das wäre etwas weit. Ich glaube, es fängt bei Schaffhausen an und hört bei Graubünden auf.

Simmler-St.Gallen: Gemäss dem Bericht wurde bei RhySearch der Verwaltungsrat neu bestellt. Ich habe auf der Homepage von RhySearch festgestellt, dass es sich um vier Männer handelt. Ich habe dann geschaut, wie die Zusammensetzung in diesen Gremien sonst so ist. Beim Innovationspark Ost sind zwei von neun Personen Frauen. Der Tourismusrat besteht aus acht Männern. Wie achtet das Volkswirtschaftsdepartement darauf, dass in kantonsnahen und durch uns unterstützten Organisationen ein bisschen auf Diversität in den Führungsgremien geachtet wird?

Regierungsrat Tinner: Ich nehme für mich in Anspruch, dass unser Departement im Gegensatz zu anderen in letzter Zeit viele Frauen gefördert hat. Gerade kürzlich wurde Dr. Caroline Heiri zur Kantonsoberförsterin gewählt. Bei der Besetzung des Verwaltungsrats des Innovationsparks Ost haben wir darauf geachtet, dass Frauen dabei sind. Logischerweise gab es dort gewisse Grenzen, da gewisse Kompetenzen gefordert waren und sich einzelne Frauen gar nicht beworben haben. Der Tourismusrat konstituiert sich selbst, da können wir nicht mitreden. Wenn man die Tourismusdestinationen in diesem Kanton anschaut, gibt es wahrscheinlich auch nicht gerade viele Touristikerinnen. Bei RhySearch läuft zurzeit die Besetzung der Nachfolge von Hans Ebinger. Zurzeit gibt es dort eine mögliche Kandidatin, die von Karin Jung und mir motiviert wurde, sich zu bewerben. Kurz gesagt: Überall dort, wo es zurzeit zu Erneuerungs- oder Ersatzwahlen kommt, schaut das Departement auf den Aspekt der weiblichen Vertretung in den Organen.

Götte-Tübach zu Simmler-St.Gallen: Ich bin Vertreter der Industrie- und Handelskammer (IHK) im Förderverein von RhySearch. Dort wird dieses Thema ebenfalls grossgeschrieben. Auch der Vorstand des Fördervereins besteht nur aus Männern. Bisher hat sich noch nie eine Frau in diesem Förderverein engagiert. Daraus könnte man gut auch jemanden in

⁶ Vgl. <https://inos.swiss/>.

einen Verwaltungsrat delegieren. Wenn sich aber auf verschiedene Anfragen nie eine Frau meldet, ist es schwierig, eine zu wählen.

Gibt es aktuell Bestrebungen, alles, was unter Innovation aufgeführt ist, und auch gut und wichtig ist, aktiv zu bündeln, oder hofft man, dass der Innovationspark Ost, wenn er einmal zu fliegen beginnt, das eine oder andere in sich aufgehen lässt?

Daniel Müller: Es ist ein klares Bestreben, dass man versucht, diese Kräfte zu bündeln. Überall dort, wo bei einer Zusammenarbeit Redundanzen geschaffen werden, versuchen wir, diese zu vermeiden. Wir haben das dort im Griff, wo öffentliche Mittel fließen. Darum haben wir auch diese Strategien im Rahmen der Start-up-Förderung so proaktiv angestossen, damit wir sehen können, was es gibt, was gut läuft, welche wir stärken wollen, wo wir Dinge zusammenführen können und wo es auch eine zweite Institution vermag – schliesslich wollen wir kein Monopol schaffen, das dann wieder träge und langsam ist. Es ist immer eine Abwägung. Private Initiativen, die sehr gut laufen, wollen wir auf keinen Fall abwürgen. Dort geht es auch darum, dass wir nicht wettbewerbsverzerrend wirken. Ich glaube, zurzeit ist ein sehr guter Moment, in dem alle am gleichen Strick ziehen. Teilweise ist es vielleicht auch gewünscht, dass man nebenbei etwas laufen lässt und schaut, wie sich das entwickelt, und ob allenfalls eine andere starke Idee daraus entsteht. Kräfte zu bündeln war uns immer ein grosses Anliegen. Seit ich dabei bin, war das bei jeder Initiative oder jedem Projekt ein wichtiger Punkt, dass wir das optimal mit den bestehenden Partnern in diesem Bereich abstimmen.

Regierungsrat Tinner: Entscheidend, wenn wir Kräfte bündeln – ein Beispiel haben wir heute Morgen mit der Integration von Startfeld in den Innovationspark Ost gehört –, ist, dass wir uns bewusst sind, dass auch die übrigen Partner – bspw. die Mitträger des Innovationsparks Ost – einer solchen Massnahme zustimmen müssen. Bevor wir diese Integration angestossen haben, haben wir uns ausgetauscht. Der Kanton St.Gallen muss immer wieder berücksichtigen, dass er ein Ringkanton mit einer hohen Vielfalt und teils sehr unterschiedlichen regionalpolitischen Anliegen ist. Wir haben zudem ein relativ heterogenes Umfeld mit unterschiedlichsten Vorstellungen. Wichtig ist, dass wir uns mit den Nachbarkantonen abstimmen, damit nicht der Eindruck entsteht, der Kanton St.Gallen gehe hier einseitig in eine bestimmte Richtung. Heute Morgen habe ich bspw. erwähnt, dass wir versuchen, den Kanton Graubünden in den Innovationspark Ost zu integrieren. Der Kanton St.Gallen ist einer der grösseren Kantone in der Ostschweiz – sowohl hinsichtlich Bevölkerungsreichtum als auch von der Fläche her. Wir dürfen aber nicht arrogant auf die anderen herunterschauen; wir müssen sie sachgerecht und zielorientiert abholen.

Abschnitt 1.2.4 (Immobilien)

Daguati-St.Gallen legt seine Interessen als Inhaber einer Beratungsfirma offen, die Wirtschaftsstandorte und Standortförderungsorganisationen bei Strategien unterstützt. Seit dem Jahr 2018 nehmen wir keine Aufträge von Kanton oder Stadt St.Gallen mehr an; dennoch haben wir teilweise Projekte in der Ostschweiz, die einen Bezug haben können. Aktuell betreuen wir kein Projekt, das direkt mit diesen Programmen zusammenhängt. Ich bin weiter in der Schweizerischen Vereinigung für Standortmanagement (SVSM), dem Dachverband der Standort- und Wirtschaftsförderung, als Vizepräsident tätig.

In einer Studie des Hauseigentümergebietes (HEV), bei der ich als Geschäftsführer mitgewirkt habe, haben wir festgestellt, dass wir im Vergleich zu anderen Landesteilen eher ein unterdurchschnittliches Flächenpotenzial ausweisen. Wäre es nicht sinnvoll, einmal verstärkt zu prüfen, welche Flächen man ausweisen könnte? Wir haben zwar heute Morgen gehört, dass die Zusammenarbeit mit dem Baudepartement sehr gut funktioniert, aber gäbe es allenfalls auch Wünsche, wie man dort besser vorwärtskommen könnte?

Was gibt es für Überlegungen, um stärker auch auf Bahnhofareale zu fokussieren? Diese sind häufig Drehscheiben für wissensbasierte Jobs. Einzelne Bahnhofgebiete sind aufgeführt, aber gibt es hier Überlegungen, noch mehr zu machen? Wir haben am Morgen schon vom Industriegebiet «Tiefriet» gehört. Ich finde es schade, dass man das nicht vorantreiben kann, weil ein Stundentakt nach Zürich helfen würde, den ganzen südlichen Kantonsteil zu pushen. Gibt es hier Überlegungen, nochmals aktiv zu werden? Das wäre sicher ein wichtiger Drehpunkt, um weitere Teilregionen unseres Kantons vorwärts zu bringen.

Regierungsrat Tinner zur Flächenpotenzialanalyse: Die erheben wir regelmässig. Die Divergenz zwischen der Studie des HEV und unseren Vorstellungen ist das Ausblenden von raumplanerischen Gegebenheiten. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass diese Studie noch in einer alten Welt unterwegs ist. Wir müssen uns bewusst sein: Flächen haben wir im Kanton genügend, aber ob sie überall am richtigen Ort sind, ist die andere Frage. Beim Beispiel «Tiefriet» Sargans habe ich selbst als Gemeindepräsident und Vertreter der Regionalplanung diese Masterplanung begleitet und immer gesagt: Über die ganze Region Sarganserland-Werdenberg gesehen haben wir Flächen, die aber am falschen Ort sind. Wenn man diese an einem anderen Ort bündeln könnte, würde ein Mehrwert heraus-schauen. Wenn natürlich ein einzelner Grundeigentümer oder einzelne Gemeinden bzw. Ortsgemeinden in diesem konkreten Fall nicht wollen, sind uns die Hände gebunden.

In Rapperswil gäbe es das Areal «Weidmann», das direkt an ein SBB-Areal angrenzt. Ein Abstellgleis führt sogar in dieses Gebiet hinein. Das würde dann spruchreif werden, wenn «Weidmann» gewisse Produktionsanlagen mittel- bis langfristig verlegen würde. Solange es so bleibt wie jetzt, wird dieses Areal nicht von heute auf morgen losgeeist werden können. Wenn ich andere Bahnhöfe anschau: In Heerbrugg gibt es eine Überbauung, wo das RAV einziehen wird. In Buchs wird auch rund ums Bahnhofsareal gebaut. Ich glaube, wir hätten dort gute Chancen. Die SBB selbst ist durchaus auch daran interessiert, diese Immobilien zu entwickeln. Man kann hier sogar das Bahnhofsgebiet St.Fiden erwähnen. Die SBB sagt, eine Teilüberdeckung sei möglich. Das haben wir gerade in der vergangenen Woche mit der SBB und dem Stadtrat besprochen. Dieses Areal ist sicher entwicklungsfähig wie auch das Güterbahnhofsareal. Zumindest kann man dort aus einem ganzen Quartier in einem grösseren Stil einen Mehrwert für die Stadt schaffen. Auch das Areal St.Gallen West–Gossau Ost zwischen St.Gallen und Gossau ist durchaus interessant.

Jetzt mache ich noch einen Brückenschlag und erwähne das Tram St.Gallen. Wir haben einmal eine Studie in Auftrag gegeben, um zu prüfen, ob es sinnvoll und machbar wäre. Man kam dort zum Schluss, dass das momentan nicht der Fall sei und eigentlich zu teuer wäre. Im Frühling 2022 haben mein Departement und ich mit dem Stadtrat St.Gallen in corpore die Glattalbahn in Zürich besichtigt. Dort hat man festgestellt, dass es das 15 bis

20-fache dessen, was man in diese Bahn investiert hat, nachher an Immobilieninvestitionen ausgelöst hat. Dies logischerweise auf der grünen Wiese, das gebe ich zu. Ich bin aber auch überzeugt, dass es in dieser Stadt zwischen Ost und West noch genügend alte Gebäude gibt, die man sprengen könnte. Damit gäbe es Potenzial für eine Erneuerung. Damit will ich nur sagen, dass wir im Oktober 2022 mit dem Stadtrat St.Gallen nochmals eine Auslegeordnung machen, ob das aus Sicht der Stadt weiterhin ein Thema ist. Danach müssen wir nochmals die Kosten prüfen und den volkswirtschaftlichen Nutzen beurteilen. Wir haben heute auch schon diskutiert, dass man 10 bis 20 Jahre in die Zukunft schauen muss. Das könnte für mich auch noch ein Element sein – nicht unbedingt aus der Standortförderung –, aber es ist natürlich in einer engen Verzahnung mit der öV-Infrastruktur. Wenn wir von öV-Infrastruktur sprechen, ist uns auch klar, dass wir zwischen St.Gallen, Wil und Zürich Infrastrukturanpassungen vornehmen müssen. Es wird kein neues Trasse geben wie in Frankreich, wo man einfach durchrauschen kann. Es gibt gewisse Kurvenradien, die wir etwas breiter fahren müssen und wir müssen sicher gewisse Neubaustrecken oder Ergänzungen machen, um die Erreichbarkeit der Stadt sicherzustellen. Für mich sind das Faktoren, die dem Teilbereich Immobilien auch helfen, um diesen Markt noch attraktiver zu machen.

Kommissionspräsident: Als Letztes im Abschnitt Immobilien ist das ImmoWeb erwähnt. Es heisst dort, dass das seit dem Jahr 2007 genutzte ImmoWeb im Laufe des Jahres 2022 erneuert und verbessert werde. Ist das bereits erfolgt? Gab es Verbesserungen und falls ja, welche?

Daniel Müller zu Daguti-St.Gallen: Eine kurze Ergänzung zur Arbeitszonenbewirtschaftung. Wir sprechen hier von sehr langfristigen Flächen, wo es noch um Einzonungen geht, sowie von mittelfristig und kurzfristig verfügbaren Flächen. Die kurzfristig verfügbaren sind in der Datenbank ImmoWeb zentral verwaltet. Diese ergeben sich aus Bestandespflegegesprächen mit Unternehmen, von denen wir wissen, dass etwas verfügbar wird. Teilweise melden uns die Areale die Gemeinden. Früher war es Auftrag der Regionen, diese Webdatenbank zu füllen.

Zum Kommissionspräsidenten: Es gibt ein neues Tool, um die Datenbank zu pflegen, zu ergänzen und aktuell zu behalten, das etwas einfacher aufgesetzt ist. Neu wird der öffentliche Teil auch öffentlich publiziert. Dazu gab es vor kurzem eine Medienmitteilung⁷. Das soll sichtbar machen, welche Flächen in welcher Frist im Kanton St.Gallen verfügbar sind. Dies dient v.a. auch dazu, Investoren anzuziehen. Erste Feedbacks sind sehr gut. Wir werden jetzt sehen, wie sich das etabliert und wie das gelebt wird.

Abschnitt 1.2.5 (Touristische Infrastruktur)

Kommissionspräsident: Warum wurde im Juni 2021 der «Teilzonenplan Tannenboden» in Quarten an der Urne abgelehnt? Wir haben heute darüber gesprochen, dass die Bevölkerung auch akzeptieren muss, was der Kanton geplant hat.

Regierungsrat Tinner: Zur Ergänzung: Der Kanton plant gar nichts. Wir haben den Prozess bloss begleitet. Bzgl. der Überlegungen, was mögliche Gründe für die Ablehnung waren, gebe ich gerne Zoller-Quarten das Wort. Er hat im Nachgang zur Abstimmung

⁷ Vgl. https://www.sg.ch/news/sgch_allgemein/2022/06/mit-wenigen-klicks-zum-gesuchten-firmenareal.html.

eine Befragung durchgeführt, um herauszufinden, was mögliche Treiber der Ablehnung waren.

Zoller-Quarten: Das haben wir tatsächlich gemacht und über 200 Rückmeldungen erhalten. Es gibt mehrere Gründe für die Ablehnung – wie immer bei einem Nein. Der Hauptgrund war, dass das Thema «Heidi» einfach nicht ankam. Man hat das nicht mit den Flumserbergen verbunden. Der zweite Grund war, dass aus Sicht der Abstimmenden die Profiteure dieses Vorhabens beschränkt waren. Den grössten Vorteil sah man bei den Bergbahnen – dass eine ganze Reihe an Betrieben auch hätte profitieren können, haben wir nicht gut genug rübergebracht. Der dritte Grund – das ist wichtig und gilt nicht nur für grosse Tourismusprojekte, sondern das haben wir bereits in anderen Gremien im Kantonsrat diskutiert – ist eine Ablehnung gegenüber grossen Bauprojekten: Lärm, Gestank, Abfall usw. – die Stimmung ist negativ. Das sind die Hauptgründe. Nachträglich kann man sich immer an der Nase nehmen. Für uns war es eine rechte Enttäuschung, aber vielleicht hätte man besser kommunizieren müssen. Das haben wir selbstkritisch mit dem Kanton gespiegelt.

Abschnitt 1.2.7.c («Fokus»)

Schorer-St.Gallen: Wer ist die Zielgruppe dieses Mediums?

Daniel Müller: Im Rahmen des Stakeholder-Managements haben wir uns überlegt, welche Stakeholder wir mit welchen Informationen und Botschaften bedienen. Wir haben dann einen kleinsten gemeinsamen Nenner, der den grössten Teil der Informationen abdecken sollte, für den «Fokus» identifiziert. Dadurch, dass wir in der internationalen Promotion v.a. unter dem Titel «St.GallenBodenseeArea» unterwegs sind, nimmt man manchmal nicht wirklich wahr, welche Themen die Standortförderung St.Gallen alle bearbeitet. «Fokus» ist zum einen gegen aussen für die Bevölkerung oder potenzielle Projektinitianten gedacht, damit sie sehen, in welchen Bereichen die Standortförderung unterwegs ist. Es soll auch etwas inspirieren, welche potenziellen Projekte es gibt. Das könnte u.U. auch dazu führen, dass der eine oder andere auf eine Idee kommt und mit seinem Projekt auf die Standortförderung zukommt. Es ist also ein Channel für eine breitere Zielgruppe.

Schorer-St.Gallen: D. h. Unternehmen erhalten das nicht. Können diese das anfordern?

Daniel Müller: Das ist ein Online-Tool, auf das jeder zugreifen kann.⁸ Wir von der Standortförderung schicken das im Rahmen unserer Kommunikationskanäle (Mailclosing usw.) direkt den Unternehmen wie auch unseren Partnern zu. Das ist ziemlich breit, teilweise sind auch andere Standortförderungen in der Schweiz stark daran interessiert, diesen schicken wir proaktiv den Link. Unsere Zielgruppe, gerade auch in der internationalen Promotion, ist meistens nicht so breit, dass man das gross über Medienmitteilungen verbreiten muss. Man hat das versucht, aber die Presse hat es nicht wirklich aufgenommen. Wir haben uns deshalb entschieden, das gezielt auf diesen Kanälen mit unseren Stakeholdern zu teilen.

⁸ <https://fokus-sg.ch/>

Abschnitt 1.2.7.e Abwicklung St.Galler Härtefallprogramm

Schwager-St.Gallen: Die Coronakrise konnte keiner von uns voraussehen. Die Regierung hat richtig gehandelt, in dem sie das Instrument der Standortförderung dafür genutzt hat, diese Krise zu meistern. Wenn ich den Text dieser Vorlage auf die Häufigkeit der verwendeten Begriffe analysiere, zeigt sich auch dort die grosse Bedeutung, die Covid-19 im letzten Mehrjahresprogramm eingenommen hat. «Covid-19» wurde 34 mal erwähnt und liegt damit auf dem zweiten Platz. Mehr erwähnt wurde einzig das Stichwort «Innovation». «Fachkräfte» liegt auf Platz 3, darauf folgt «nachhaltig/Nachhaltigkeit», «Wertschöpfung» zehnmal, «Klima» sechsmal und «Risiko» wurde als Stichwort dreimal erwähnt.

Von den rund 2'000 Härtefallgesuchen sind gemäss Bericht ein grosser Teil auf die Gastronomie zurückzuführen. Unterstützt wurden aber auch Bergbahnen. Diese machen 90 Prozent ihres Umsatzes im Winterhalbjahr. Es ist darum absehbar, dass im Rahmen der Klimakrise viele dieser Betriebe nicht überleben können, ausser man leistet massive staatliche Unterstützung. Zur Sicherung dieser bestehenden Arbeitsplätze im Berggebiet braucht es im Rahmen der Standortförderung darum Innovationen, die nicht nur finanziell, sondern auch bezogen auf die Klimakrise nachhaltig wirken. Betroffen sind insbesondere die wirtschaftlich schwächeren Regionen wie das Toggenburg. Die Regierung hat bereits am 24. August 2021 in den Ausführungen zum Bericht «Strategie zur Anpassung an den Klimawandel im Kanton St.Gallen» (40.21.03) unter Abschnitt 4.3.7 «Tourismus» hierauf hingewiesen.

Regierungsrat Tinner zum Härtefallprogramm: Ich kann hier natürlich die Gegenfrage stellen, wer die Härtefallhilfen sonst hätte abwickeln sollen? Es gibt nur noch ein Departement, nämlich das Finanzdepartement, das es auch hätte machen können. Dieses meinte, es habe nicht genügend Leute, um die Gesuche zu bearbeiten. Ich habe entschieden, dass wir das machen. In einer Krise kann man nicht lange diskutieren, wer etwas macht. Im Bericht wollten wir bewusst nochmals aufzeigen, wieso wir etwas weniger Ressourcen für anderes aufwenden konnten. Deshalb kommt das vielleicht etwas prominenter daher.

Zu den Bergbahnen: Diese wurden in der zweiten Phase von den Mitteln ausgenommen. Wir haben nur neun Tage im Dezember 2020 entschädigt. Im letzten Härtefallprogramm gab es Überlegungen, das allenfalls auszubauen. Dort hat das Parlament aber selbst gesagt, man wolle keine weiteren Mittel ausrichten. Die Richtigkeit dieser Entscheidung hat sich auch bestätigt. Gerade kürzlich haben die Bergbahnen Wildhaus nach einem sehr guten Winter einen Gewinn von über 400'000 Franken publiziert. Bei anderen wird es ähnlich sein.

Zur Strukturanpassung: Letzte Woche habe ich einen NRP-Antrag freigegeben, der versucht, die Betten in Ferienwohnungen im Toggenburg soweit auf den Markt zu bringen, dass wieder mehr Leute dorthin gehen. Die Idee ist, dass Personen, die vielleicht ihr Ferienhaus bisher nur für sich genutzt haben, bereit sind, dieses nach einer Sanierung zu vermieten. Die meisten dieser Wohnungen sind um die 50 Jahre alt und haben Erneuerungsbedarf. Damit man diese zeitgemäss sanieren kann, versuchen wir jetzt zusammen mit diesem NRP-Projekt und mit der Gemeinde, das Projekt «Berg und Bett» aufzugleisen. Damit soll dieses Bettenangebot einem breiten Publikum zugeführt werden. Das kann durchaus ein nachhaltiges Element sein.

Bereits vor 25 Jahren hiess es im Amden, es würde alles schliessen, da es bald keinen Schnee mehr gebe. Bisher gab es aber immer wieder Schnee. Zugegeben, aus Sicht einer Langfristperspektive haben Sie sicher recht, Schwager-St.Gallen. Es dauert jetzt doch ein bisschen länger, als dass man angenommen hat. Ob die Bahnen in 25 Jahren Ersatzinvestitionen vornehmen, wird sich weisen. Hier wird die Unternehmenslandschaft selbst entscheiden müssen, wohin die Reise gehen soll.

Abschnitt 2.1.3 (SWOT-Analyse)

Schwager-St.Gallen: Bei der SWOT-Analyse sind mir drei Sachen aufgefallen. Bei den Stärken wird zu Recht auf die gute Erreichbarkeit von Zürich und die Grenzlage zu Deutschland, Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein hingewiesen. Unter dem Punkt «Entwicklung» fehlt mir die Erwähnung des Ausbaus des S-Bahn-Netzes rund um den Bodenseeraum. Ebenfalls nicht erwähnt – aus meiner Sicht positiv –, ist die immer wieder hochgelobte Bedeutung des Flugfelds Altenrhein. Dieses ist anscheinend doch nicht so bedeutend, um es in diese SWOT-Analyse hinein zu schaffen. Bei den Gefahren wird die Klimakrise nur ganz am Schluss aufgeführt, obwohl sie die Wirtschaftsfähigkeit des Kantons und der ganzen Schweiz existenziell bedroht. Da hätte ich mir etwas mehr Prominenz gewünscht.

Regierungsrat Tinner: Wir haben versucht, die Vorteile etwas generell zu halten. Logischerweise ist die S-Bahn rund um den Bodensee bzw. die Verbindung von Romanshorn Richtung St.Margrethen, Bregenz und Lindau jetzt im Aufbau. Im Moment ist es aber erst ein Wochenendbetrieb. Ab dem Jahr 2023 wollen wir täglich fahren. Das kostet den Kanton St.Gallen rund 400'000 Franken. Diese Bemühungen laufen durchaus. Das Flugfeld Altenrhein haben wir bewusst weggelassen, um keinen unnötigen Diskussionsstoff zu liefern. Selbstverständlich ist das aus Sicht der Regierung ein wichtiges Flugfeld.

Simmler-St.Gallen: Ich musste etwas darüber schmunzeln, dass wir von aussen als bieder und konservativ wahrgenommen werden. Wir haben auch beim Bericht «Stärkung der Ressourcenkraft des Kantons St.Gallen» (40.21.02) diskutiert, wie sich das Image von St.Gallen gerade im Vergleich zu Luzern auch etwas gewandelt hat. Das wird die Standortförderung nicht von heute auf morgen ändern können.

Ein grosses Thema, das hier als Chance angesprochen ist, ist die IT-Bildungsoffensive. Ich sehe das auch als Chance, glaube aber auch, dass das erst der Anfang war. Mit der IT-Bildungsoffensive ist man jetzt auf einem Stand, auf dem andere Kantone auch sind. Wenn man sagt, man wolle als Kanton in Wechselwirkung mit der Start-up-Förderung und diesen Clustern IT-mässig vorwärts machen, müsste es eigentlich ein Folgepaket geben. Wie wichtig ist das aus Sicht der Standortförderung? Ist man bestrebt, das auch zu begleiten und zu prüfen, was hier noch weiterlaufen könnte? Oder ist jetzt klar, dass man bei der Bildungsoffensive einfach einmal abwartet, wie es dann weitergeht?

Regierungsrat Tinner: Regierungsrat Kölliker und ich sind Mitglieder der Steuergruppe der IT-Bildungsoffensive. Derzeit schauen wir, dass man dieses Programm, so wie es jetzt aufgefädelt wurde, weiter vorantreibt und zum Abschluss bringen kann. Allfällige Nachfolgeprojekte daraus schliesst man sicher nicht aus. Aus dem Blickwinkel eines Volkswirtschaftsdirektors habe ich festgestellt, dass man in der IT-Bildungsoffensive durchaus auch Projekte unterstützt hat, die die Pädagogische Hochschule schon längst selbst hätte durchführen müssen – dafür hätte es keine Bildungsoffensive gebraucht. Das ist das

Mindset, das wir beachten müssen. Man kann auch Dinge an die Hand nehmen, ohne dass irgendwo ein Programm ansteht. Beim Joint Medical-Master bin ich mir auch nicht sicher, ob dieser wirklich in allen Teilen so super funktioniert, wie man bis jetzt glaubte. Da gibt es sicher noch den einen oder anderen Punkt – v.a. auch im Zusammenspiel mit der Universität Zürich –, den wir noch anschauen müssen. Es sind aber zumindest gute Projekte, um den Kanton St.Gallen weiterzubringen. Wenn es notwendig ist, braucht es Anpassungen oder zusätzliche Programme; v.a. im Bereich der IT-Bildungsoffensive würde ich das nicht von der Hand weisen. Wir machen das dann, wenn es so weit ist.

Dobler-Oberuzwil zur IT-Bildungsoffensive: Das ist alles gut und recht. Wir vergessen aber, dass wir auch noch eine Wirtschaft haben, in der die IT ein reines Hilfsmittel ist. Wenn die Strommangellage eintritt, werden wir sehen, was die IT nützt. Wir müssen auch Hardware haben und Leute, die sich darin auskennen wie Mechaniker, Schlosser und Schreiner, die uns das Leben ermöglichen.

Zu den Gefahren: Hier steht, dass die KMU an Wettbewerbsfähigkeit verlieren werden. Was ist hierfür die Begründung? Als Inhaber eines KMU stört mich dieser Satz etwas. Weiter wird als Gefahr das unterdurchschnittliche Bevölkerungswachstum im Vergleich zur übrigen Schweiz genannt. Ist das eine Gefahr oder eine Chance, wenn wir unterdurchschnittlich wachsen? Mehr Bevölkerung bedeutet mehr Wohnraum und mehr Arbeitsplätze. Ist das wirklich erstrebenswert, dass wir hier weiterwachsen? Wir müssen doch gar nicht wachsen, sondern sollten unseren Standard halten.

Daniel Müller zur Wettbewerbsfähigkeit der KMU: Uns ist sehr wohl bewusst, dass die Innovationskraft hauptsächlich durch unsere bestehenden Unternehmen getrieben wird. Es geht darum, die perfekten Rahmenbedingungen oder Unterstützungsangebote zu schaffen, damit diese KMU optimalen Zugriff auf Förderung- oder Forschungsnetzwerke haben. Die grösseren Unternehmen haben zum Teil Mittel für eigene Forschungs- und Entwicklungsabteilungen. KMU können sich das in der Regel weniger leisten. KMU ist aber ein sehr grosser Begriff, es gibt auch grosse KMU, die das sehr gut machen. Das ist hier mehr unter Gefahren aufgeführt, weil wir durch die Begegnung mit INOS und anderen Netzwerken, die wir fördern möchten, einen Verlust der Wettbewerbsfähigkeit verhindern möchten. Es ist also die Legitimation, um solche Programme in Richtung Innovationsnetzwerksaufbau mit Zugang insbesondere für KMU zu stärken und zu fördern.

Abschnitt 2.2.1.b (Schwerpunktplanung 2021–2031)

Schwager-St.Gallen: Im Bericht wird ausgeführt, dass die fünf Schwerpunktziele die wirtschaftspolitische Basis für das Standortförderungsprogramm 2023–2027 bilden sollen. Wie bereits die Coronakrise im letzten Mehrjahresprogramm gefährdet die Klimakrise die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Kantons, und das in einem weitaus deutlicheren, drastischeren Ausmass und einem viel längeren Zeithorizont als die Pandemie, die wir nun hoffentlich überstanden haben. Ich bedaure deshalb, dass der Schwerpunkt 3 «Klimaschutz stärken» zumindest im lesbaren Bereich keinen Niederschlag in dieser Vorlage gefunden hat. Ich gebe Regierungsrat Tinner recht: Allumfassend kann das hier nicht aufgeführt werden. Dennoch ist es eine Querschnittsaufgabe, die die Regierung sich selbst in ihrem Schwerpunktprogramm gesetzt hat. Als Querschnittsaufgabe muss das auch in allen Vorlagen Niederschlag finden.

Regierungsrat Tinner: Ich habe beim Eintreten darauf aufmerksam gemacht, dass wir in der Schwerpunktplanung fünf Ziele haben. Das Dritte Ziel, «Klimaschutz stärken», haben Sie nun erwähnt. Weiter sind es die Chancengleichheit sicherstellen und die Strukturentwicklung fördern. Der Umstand, dass wir uns primär auf die ersten beiden wirtschaftsorientierten Schwerpunktziele fokussieren, liegt darin, dass die Regierung diese Schwerpunktziele natürlich auch im Rahmen der Departementsstrategie auf einzelne Ämter verteilt. Man muss sich das so vorstellen: Die Regierung weist die Verantwortlichkeit für zu bearbeitende Themenbereiche zu. Dem Volkswirtschaftsdepartement wurden in erster Linie die beiden wirtschaftsorientierten Ziele zugewiesen. Das heisst nicht, dass wir den Klimaschutz in unseren Überlegungen aussen vor lassen. Am kommenden Donnerstag werden wir im Rahmen unserer Amtsleiterklausur schauen, wo wir in der Umsetzung der Departementsziele stehen. Wir müssen natürlich zur Kenntnis nehmen, dass der Klimaschutz im Amt für Jagd und Fischerei (ANJF) alleine schon aufgrund der Biodiversitätsstrategie einen hohen Einfluss hat.

Abschnitt 2.2.1.d (Stabilisierung der Tourismusförderung)

Wüst-Oberriet: Weshalb hat die Regierung dem Kantonsrat eine neue Vorlage zur Tourismusförderung vorgelegt? Hier steht, dass die Beherbergungsabgabe, die Gastwirtschaftsabgabe und die Kausalabgabe der Tourismusrechnung zugeführt werden. In den letzten zwei Jahren hat man aufgrund der Coronapandemie teilweise auf diese Abgaben verzichtet. Das würde aber heissen, dass der Tourismus in den Jahren vor Corona eigentlich rückläufig war, auch in Bezug auf Betten- und Übernachtungszahlen. Aus den Medien nehme ich das aber anders war.

Regierungsrat Tinner: Über den ganzen Kanton betrachtet wurden ein paar Hotels geschlossen. Das heisst aber noch lange nicht, dass die anderen schlecht ausgelastet wären. Ich habe den Jahresbericht des Grand Resort Bad Ragaz gelesen. Im letzten Jahr hatte dieses bedeutend mehr Gäste als in diesem Jahr. Das zeigt wahrscheinlich, dass ein Teil der Gäste ausbleibt – sie hatten z.T. viele Russen, die jetzt natürlich weniger kommen. Ich gehe aber davon aus, dass auch der Markt Schweiz, aus dem im letzten Jahr mangels ausländischer Alternativen viele Leute nach Bad Ragaz gingen, dieses Jahr doch wieder anderswo hingingen. Eigentlich ist der Treiber – und das haben wir auch in der vorberatenden Kommission aufgezeigt –, dass wir weniger Betten in Hotels und Gastronomiebetriebe haben. Darum sind die Einnahmen gesunken.

Es ist aber auch so, dass der Tourismusrat in den vorangehenden Jahren mehr Projekte unterstützt hat. Man hat damals bewusst versucht, die Tourismusrechnung etwas hinunterzufahren. Dazu kommt, dass die Casinobeträge, die ursprünglich um die 1,6 Mio. Franken waren, jetzt noch bei 900'000 Franken liegen. Deshalb wollen wir die Kursaalabgabe aus den Casinobeträgen direkt der Tourismusrechnung zuführen. Das waren eigentlich die Überlegungen. Dass man die fehlenden 2,2 Mio. Franken, die durch den Verzicht auf die Abgaben in den Jahren 2020 und 2021 entstanden sind, zurückerstattet, liegt daran, dass andere Organisationen und Branchen auch Mittel erhalten haben.

Zoller-Quarten zur Frage von Wüst-Oberriet und den Ausführungen von Regierungsrat Tinner: Die Beherbergungsabgabe hängt nicht von der Auslastung eines Hotels ab. Ein Hotel mit 80 Betten bezahlt einen fixen Betrag – egal, ob das Hotel zu 50 oder 100 Prozent ausgelastet ist. Darum sieht man die höheren Frequenzen, die es zum Teil in den Tourismusorten gibt, in der Beherbergungsabgabe nicht.

Abschnitt 2.2.1.e (Umsetzungsprogramm Neue Regionalpolitik des Bundes)

Kommissionspräsident: Im letzten Satz wird hier die Äquivalenzfinanzierung erwähnt. Ist das so zu verstehen, dass der Bund aus seinem Programm gleich viel Geld gibt, wie wir als Kanton finanzieren?

Daniel Müller: Der Bund hat ein Programm mit definierten Schwerpunkten, die er fördert. Wir schauen, dass wir im Standortförderprogramm des Kantons diverse dieser Themen ebenfalls aufnehmen. Dadurch kann man tatsächlich unsere Mittel mit Bundesmitteln aufdoppeln, sofern sie in diesen Projekten des Programms des Bundes auch entsprechend niedergeschrieben sind. Es hat teilweise Themen, die wir nur aus dem Standortförderungsprogramm finanzieren, aber wenn es den Kriterien des Bundes entspricht, schauen wir immer, dass wir auch die Mittel des Bundes aus der Neuen Regionalpolitik in diese Projekte einfließen lassen können.

Abschnitt 2.2.1.g (Nachhaltigkeit)

Schwager-St.Gallen: Hier wird explizit ausgeführt, dass, wo immer möglich und angezeigt, neben der ökonomischen Nachhaltigkeit auch die ökologischen sowie die sozialen Aspekte der Nachhaltigkeit mitberücksichtigt werden sollen. Es ist genau diese Aufteilung der Nachhaltigkeit in einerseits zwingende Punkte, die erfüllt sein müssen, und andererseits sogenannte «nice to have»-Punkte, die mich stört. Der Begriff «Nachhaltigkeit» wird aus meiner Sicht in dieser gesamten Vorlage etwas nachlässig verwendet. Nachhaltigkeit kann und muss umfassend beurteilt werden. Dazu gehört, dass die Ökonomie, die Ökologie und natürlich auch die soziale Gerechtigkeit immer gleichwertig mitberücksichtigt werden.

Abschnitt 2.4 (Hauptziele)

Simmler-St.Gallen: Ich möchte nicht das Hauptziel in Frage stellen, finde es aber etwas kritisch, sich den rein quantitativen Ausbau von Arbeitsplätzen zum Ziel zu setzen. Wenn man bspw. 100 Arbeitsplätze neu in Tübach ansiedelt und das Durchschnittseinkommen bei Fr. 4'000.– liegt, dann brauchen diese 100 Leute auch einen Wohnort. Es entstehen vielleicht auch Sozialkosten. Das ist vielleicht nicht das Ziel der Standortförderung, sondern es geht darum, potente Arbeitsplätze zu haben, die der Region wertschöpfungsmässig viel nützen. Ich finde es nicht ausreichend, wenn bei der Beurteilung der Zielerreichung rein quantitativ geprüft wird, wie viele Arbeitsplätze geschaffen wurden. Ich würde vielmehr gerne wissen, was für Arbeitsplätze es sind und ob es das Ziel der Regierung war, solche Arbeitsplätze zu schaffen.

Regierungsrat Tinner: Wir haben hier keinen Dissens. Die Regierung ist ganz klar der Auffassung, dass qualitativ hochstehende Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Ich nehme nochmals das Beispiel der Gastronomie oder auch vom Tourismus. Wenn man dort die Statistik anschaut, dann hat man in der Schweiz zum Beispiel in der Gastronomie und im Tourismus sehr viele Beschäftigte. Wenn man den Durchschnittslohn betrachtet, dann sind sie relativ schlecht bezahlt, irgendwo bei Fr. 4'500.– im Monat. Jetzt sind wir am Punkt, wo wir sagen, wir hätten gerne eher Arbeitsplätze, die gut ausgebildete Leute ausfüllen können. Das ist das generelle, strategische und politische Ziel. Dann gibt es aber auch die alltäglichen Herausforderungen. Im Rahmen der Bestandespflege dürfen wir Betriebe, die erweitern wollen, nicht ganz abwürgen, bloss weil sie in einer Branche tätig sind, welche tiefere Löhne bezahlt oder in der die Wertschöpfung ein bisschen kleiner ist. Da müssen wir schon etwas Rücksicht nehmen. Ich gebe Simmler-St.Gallen aber recht:

Wo wir neue Gebiete entwickeln, wollen wir auf diese Aspekte Rücksicht nehmen. Ansonsten bilden wir Studenten an der Universität St.Gallen aus und anschliessend wandern sie nach Zürich ab, weil da die Post abgeht und wir diese Arbeitsplätze nicht bieten können. Selbst wenn wir diese im Kanton St.Gallen beschäftigen wollen, haben wir derzeit gar nicht die Branchen und Möglichkeiten, um bedeutend mehr Abgängerinnen oder Abgänger im Kanton St.Gallen aufzunehmen. Es muss das Ziel sein, dies zu ändern.

Dobler-Oberuzwil: Das ist für mich eine etwas arrogante Haltung: Wer macht denn die Arbeit noch, die anscheinend nicht attraktiv ist? Wer fertigt unsere Produkte? China, Vietnam oder noch weiter entfernte Länder? Sollen wir uns im Gastgewerbe nur noch mit Selecta-Automaten verpflegen? Wir haben schon etwas das Gefühl, wir seien zu Höherem geboren. Wir müssen doch auch Basisjobs haben. Beim Handwerk wird es irgendwann einmal drehen, es wird künftig ziemlich attraktiv werden, ein Handwerker zu sein. Die USA haben jetzt eine obere Klasse mit attraktiven Jobs im Silicon Valley und darunter ist nicht viel los. Die Infrastruktur ist marode. Wenn man die Hoteltüre öffnet, fällt einem die Falle in die Hand. Bei den Elektroinstallationen wurde seit 30 Jahren nichts geändert. Wir leben von einem guten Mittelbau, von guten Schlossern und Mechanikern.

Regierungsrat Tinner: Ich wollte nur aufzeigen, wo sich die Statistik bewegt. Ich hätte auch das Beispiel der Bauwirtschaft bringen können. Die Kiesverarbeitung etwa hat auch eine tiefe Wertschöpfung, benötigt aber relativ viel Land. Das kann man gut oder schlecht finden. Ich wollte nur sagen, dass man hier einen gewissen Umbau versucht. Sanitäre, Schreiner und Zimmermänner wird es weiterhin brauchen. Es wird aber auch Branchen geben, die man automatisieren kann. Wenn wir dies nicht machen, dann leidet die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Hier müssen wir auch ehrlichweise sagen, es nützt nichts, wenn wir über die Maturitätsquote diskutieren. Diese ist im Kanton St.Gallen schweizweit zwar tief, aber ich finde, sie ist gut. Es nützt auch nichts, wenn wir viele für eine akademische Laufbahn motivieren.

Müller-Lichtensteig: Es geht hier um das Standortförderungsprogramm. Die Fachkräfte sind eigentlich da. Diese werden bei uns an den Fachhochschulen und an der Universität ausgebildet, ziehen dann aber wieder weg. Wir müssen die Wirtschaftsstruktur erschaffen oder zumindest so weiterentwickeln, dass diese Leute hier bleiben.

Daguati-St.Gallen: Es gibt Studien aus dem Raum Zürich, die aussagen, dass mit einem angesiedelten Arbeitsplatz etwa 30'000 Franken Steuersubstrat für einen Standort entsteht. Vielleicht sind die Ansätze nicht ganz verwertbar. Aber es ist eben nicht nur das, es sind auch neue Technologien und Qualifikationen, die man gewinnen sollte. Ich glaube, man muss keine Angst haben, dass wir durch Ansiedelungen von tausenden von Firmen überschwemmt werden, welche dann Dobler-Oberuzwil seine Fachkräfte streitig machen. Sondern es ist wie eine Frischzellenkur für einen Standort, indem man neue Technologien und neue Talente abholt: gut dosiert und in einem sehr guten Wertschöpfungssegment.

Abschnitt 2.5.1 (Basisdienstleistungen)

Simmler-St.Gallen: Hier sieht man erneut, dass der Fokus dieses Berichts auf der Ansiedelung von Unternehmen liegt. Das nimmt deutlich mehr Raum ein als die Rekrutierung von Fachkräften. In der aktuellen Situation habe ich jedoch den Eindruck, dass die Rekrutierung von Fachkräften fast die grösste Herausforderung ist. Dies ist bestimmt nicht al-

leine die Aufgabe der Standortförderung, aber sie kann hier einen wichtigen Beitrag leisten. Was macht die Standortförderung in diesem Bereich der Fachkräfte und wie ist es politisch gerechtfertigt, dass so viel mehr Geld in die Ansiedelung von Unternehmen fliesst als in die Ansiedelung von Fachkräften?

Daniel Müller: Wir haben immer gesagt, die HSG bildet gute Leute aus und diese arbeiten dann in anderen Wirtschaftsräumen. Das ist nun diese «Chicken/Egg»-Frage. Was ist zuerst wichtig? Attraktive Arbeitsplätze bei uns vor Ort, wo diese Leute tatsächlich eine Perspektive sehen, um hier zu arbeiten und hier zu bleiben, oder haben wir zuerst ausgebildete Leute, für die der Arbeitsmarkt dann eine Stelle schafft? Ich finde das eine spannende und heikle Frage. Ich glaube, es muss uns gelingen, eine gewisse Balance zu finden.

Bestehende Unternehmen wollen sich auch entwickeln und wir haben jetzt den Fachkräftemangel. Ich erinnere mich, vor eineinhalb Jahren hat man diese Diskussion ganz anders geführt. Als wir während der Coronapandemie mit den Unternehmen über einen Fachkräftemangel sprachen und Aktivitäten unternehmen wollten, sind wir nicht auf offene Ohren gestossen – das ist immer sehr konjunkturabhängig. Im Moment haben wir fast Vollbeschäftigung, wir brauchen diese Arbeitskräfte. Aber man weiss auch, dass die Fachkräfte den Arbeitsplätzen konjunkturell hinterherhinken. Darum ist es wichtig, dass wir versuchen, attraktive Arbeitsplätze zu schaffen. Hierzu haben wir verschiedene Initiativen, die Veranstaltung ProOst zum Beispiel, die am 19. August 2022 stattfindet.⁹ Wir haben Sprungbrettevents, mittels derer man versucht, diese Arbeits- und Fachkräfte direkt in unsere Unternehmen reinzubringen.

Ich glaube, dass diese Ansiedelungen wichtig sind, weil es nicht um die Quantität, sondern darum geht, eine gewisse Qualität von Ansiedelung zu erreichen, damit gewisse Kompetenzen in eine Industriestruktur reinkommen, welche mithelfen, diese im Transformationsprozess weiter zu bringen oder zu begleiten. Fachkräfte sind nicht nur gut ausgebildete Akademiker. Als Fachkräfte betrachten wir alle, welche einmal eine Ausbildung gemacht haben. Das sind zum Teil auch Angelernte. Bei den letzten Bestandespflegebesuchen haben uns viele Unternehmen gesagt, dass auf allen Ebenen Fachkräfte fehlen. Die Prioritäten setzen wir je nachdem, wo der Handlungsbedarf am dringendsten ist.

Simmler-St.Gallen: Ich verstehe, dass das zusammenhängt und diese Pakete nicht isoliert betrachtet werden können. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass man mit Ausgaben von 280'000 Franken im Jahr für Basisdienstleistungen intensive Massnahmen ergreifen kann. Wir brauchen auch Ärztinnen und Ärzte, Pflegepersonen usw. Da fände ich, dass die Standortförderung auch eine wichtige Rolle einnehmen sollte.

Karin Jung: Alle diese Aktivitäten im Bereich Arbeits- und Fachkräftemangel unternimmt die Standortförderung nie alleine. Wir können selbst keine Arbeitskräfte ansiedeln; diese müssen bei einem Arbeitsgeber beschäftigt sein. Das heisst, alle diese Aktivitäten werden zusammen mit Dritten gemacht. Alle Aktivitäten im Bereich Arbeits- und Fachkräfte machen nur dann Sinn, wenn Unternehmen mitziehen. Das relativiert vielleicht ein bisschen

⁹ Die Veranstaltung ProOst soll Fach- & Führungskräften eine Übersicht über die attraktiven Stellenangebote bei multinationalen und regionalen Arbeitgebern in den Kantonen SG, TG, AR und AI geben und die hohe Lebensqualität in dieser Region aufzeigen; vgl. www.proost.ch.

die eingesetzten Mittel. Bei der Ansiedelung der Unternehmen und der klassischen Standortpromotion sind wir die Absender.

Schwager-St.Gallen: Wir haben momentan sehr viele Flüchtlinge aus der Ukraine mit dem Schutzstatus S. Das sind in aller Regel eher jüngere Frauen mit Kindern. Ich kann mir gut vorstellen, dass es nicht einfach ist, diese Menschen zu integrieren. Gab es in diesem Zusammenhang bereits Aktivitäten?

Karin Jung: Im Kanton St.Gallen sind knapp 4'000 Personen mit Schutzstatus S wohnhaft. Sobald eine Person einen Schutzstatus S hat, ist sie grundsätzlich berechtigt, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen; sie benötigt allerdings eine Bewilligung. Zurzeit sind im Kanton St.Gallen rund 280 Bewilligungen für eine Erwerbstätigkeit ausgestellt. Das unterstützt die Aussage, dass es nicht ganz einfach ist. Es ist auch noch etwas früh. Ganz viele dieser Personen, vornehmlich Frauen, sind hierher gekommen, um Schutz zu finden. Ich glaube, viele hoffen nach wie vor, dass sie innert nützlicher Frist wieder in die Ukraine zurückkehren können. Im Übrigen funktionieren die Regelstrukturen, welche wir im Kanton St.Gallen haben, wie das auch für alle anderen geflüchteten Personen gilt. Sie können sich zum Beispiel beim RAV melden oder es sind die Strukturen der Gemeinden (Trägerverein Integrationsprojekte St.Gallen; TISG)¹⁰, die hier funktionieren.

Zahner-Rapperswil-Jona: Ein Kompliment an das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) in diesem Zusammenhang zur Beschäftigung von Menschen aus der Ukraine. Der Bund hat mit dem kantonalen Migrationsamt bei der Bewilligungsausstellung einen gewaltigen Verwaltungsapparat aufgebaut, um solche Leute zu integrieren.

Regierungsrat Tinner: Ich habe das nie gesucht, dass Bewilligungen gefordert werden. Das war politisch gewollt, mitunter von der SVP. Ich werde dieses Thema aber im Austausch mit den Bundesparlamentariern einmal aufnehmen.

Abschnitt 2.5.2.a (Innovations- und Start-up-Förderung)

Schwager-St.Gallen: Aus meiner Sicht wäre es wünschenswert, wenn man internationale Kooperationsplattformen nicht per se ausschliessen würde. Die internationale Zusammenarbeit würde auch die Chance auf ein wirtschaftliches Zusammenwachsen im Bodensee-raum bieten.

Regierungsrat Tinner: Ich möchte ein Beispiel erwähnen: Der Kanton St.Gallen war dieses Jahr in Stuttgart an die Bundesfeier des Generalkonsulats eingeladen. Dort haben wir mit den Baden-Württemberger Repräsentanten aus Wirtschaft und Politik aufgezeigt, wo wir stark sind. Der Innovationspark Ost erhielt zusammen mit der EMPA auch die Möglichkeit, sich vorzustellen. Wir konnten sehr gut zum Ausdruck bringen, was wir im unternehmerischen wie auch im wissenschaftlichen Bereich zu leisten vermögen.

Ich war selber auch an Gesprächen beteiligt, an denen es darum ging, diese unternehmerischen Überlegungen zu verknüpfen. Ich habe kürzlich einen Hemdenfabrikanten im Kanton St.Gallen angerufen und ihm gesagt, in Stuttgart hätten zwei Unternehmerinnen küh-

¹⁰ Vgl. <https://ti-sg.ch/>.

lende Textilien vorgestellt. Wir könnten durchaus Hemden mit einer kühlenden Achselpartie oder einem kühlenden Kragen brauchen. Vielleicht könnte sich hier durchaus eine Kooperation entwickeln. Die EMPA wäre durchaus bereit, allenfalls auch ein Forschungsprojekt aufzugleisen.

Abschnitt 2.5.2.b (Ansiedelungen und Standortvermarktung)

Schorer-St.Gallen zum Thema «Standortpromotion»: Die Ansiedelungen im Kanton St.Gallen sind aus verschiedenen Gründen rückläufig. Wie schon mehrfach festgestellt wurde, hat sich der Standortwettbewerb massiv verschärft. Fachkräfte gehen oftmals dorthin, wo es Arbeitsplätze hat. Meiner Meinung nach muss es für Fachkräfte die Möglichkeit geben, für verschiedene Arbeitgeber zu arbeiten. Jemand bleibt heute nicht mehr 20 Jahre am gleichen Ort. Umso wichtiger ist, dass man diese Wirtschaftsstärke auch durch Promotion fördert; durch Ansiedelung von neuen Unternehmen, welche eine gewisse Erfrischung mit sich bringen. Die internationale Promotion wird durch die SGBA durchgeführt, welche aus unserer Sicht noch nicht dort ist, wo sie sein sollte. Im Bericht wird auch darauf hingewiesen, dass die Ansiedelungen durch Covid-19 schwieriger wurden. Wenn man es mit anderen Kantonen vergleicht, gibt es dennoch Kantone, die stärker ansiedeln konnten. Aufgrund dieser Überlegungen möchten wir zum Thema internationale Promotion einen Vertiefungsauftrag formulieren. Es würde mich jedoch zunächst Ihr Blick darauf interessieren.

Daniel Müller: Wir haben erwähnt, dass sich das Resultat in Bezug auf Ansiedelungen trotz der widrigen Umstände und der knappen Personalressourcen sehen lassen darf. Es ist hier auch nicht eine Quantitäts-, sondern eine Qualitätsfrage – das ist unsere Maxime. Es braucht Ansiedelungen, die bestehende Unternehmen mit Fachkräfte- und Flächenmangel, mit denen wir schon lange unterwegs sind, nicht konkurrieren.

Im interkantonalen Vergleich gibt es Kantone, die traditionell und erfahrungsgemäss besser sind, weil sie andere Standortfaktoren haben. Es sind immer die gleichen Kantone, welche überdurchschnittlich profitieren. Diese haben ein paar Standortfaktoren, entweder fiskalischer Natur oder sie haben die Nähe zu einer ETH oder EPFL. Im Vergleich haben wir wahrscheinlich nicht die gleich langen Spiesse. Nichtsdestotrotz haben wir gerade im Bereich Innovationskraft und Gründungsszene Unternehmen, die sich pudelwohl fühlen. Gerade Start-ups im ICT-Bereich entwickeln sich bei uns prächtig. Diese haben zum Teil eher Mühe sich vorzustellen, im Raum Zürich unterwegs zu sein und gegen ganz grosse Unternehmen wie Google und andere, welche dort sehr hohe Löhne bezahlen, zu konkurrieren.

Was die SGBA betrifft, so handelt es sich nicht wie bei der Greater Zurich Area um eine eigene Organisation mit eigenem Personal und eigenen Mitteln. In der SGBA sind die Mitarbeitenden der Standortförderungen der Kantone Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Thurgau und St.Gallen vereint, welche sich zusammen in dieser internationalen Position zeigen und so einen gemeinsamen Auftritt haben. Dies kommt auch aus der Idee heraus, dass man nicht zu kleinräumig unterwegs ist und unter Umständen auch miteinander arbeitet und miteinander diskutiert, wo welche Ansiedelung kommt. Wir evaluieren regelmässig, ob wir mit den richtigen Partnern und den richtigen Mitteln unterwegs sind. Wir sind auch immer offen und bereit, neue Partnerschaften einzugehen.

Dudli-Oberbüren: In diesem Abschnitt wird der HealthTech-Cluster erwähnt, welcher weiter auf- und ausgebaut wird und dessen Wahrnehmung optimiert werden soll. Kann man hierzu noch etwas Konkretes ausführen?

Daniel Müller: Wir haben Fokusbranchen identifiziert. Auch im Innovationspark Ost gibt es viele Themen wie Alterung, die in dieses Forschungsfeld gehören. Das ist eine Initiative, welche unter St.Gallen Health grösser wurde, um etwas Sichtbarkeit zu schaffen, damit man ein Cluster aufzeigen und alle diese Themen und Kräfte bündeln kann. Damit versucht man internationale Kongresse hierher zu holen. Es gibt eine Internetpräsenz zu diesem Thema, wo die verschiedenen Initiativen und Forschungspartner, welche hier mitmachen, erwähnt sind.¹¹

Kommissionspräsident: Auf S. 29 des Berichts ist die Rede von 125 Marktbearbeitungsmassnahmen, wodurch 600 Arbeitsplätze durch Neuansiedelungen entstehen sollen. Kann man die Massnahmen irgendwo nachlesen?

Daniel Müller: Es wäre wohl etwas zu viel, jede einzelne Marktbearbeitungsmassnahme aufzulisten. Zum Teil sind es einzelne Kampagnen, die etwas grösser sind und etwas länger dauern, zum Teil sind es kleinere Massnahmen, indem man via LinkedIn versucht, sehr zielgruppenorientiert gewisse Unternehmungen oder Personen anzusprechen und auf unsere Initiativen aufmerksam zu machen. Das ist recht vielseitig und unterschiedlich.

Abschnitt 2.5.3.a (Entwicklungskonzepte und Infrastrukturprojekte)

Schwager-St.Gallen: Auf S. 31 verweist der Bericht auf die «Strategie zur Anpassung an den Klimawandel im Kanton St.Gallen» (40.21.03). Es geht darum, dass bei der Vergabe von Darlehen Anpassungen an den Klimawandel explizit berücksichtigt werden. Ist damit in erster Linie der Ausbau von Beschneiungsanlagen gemeint? Ich hoffe es nicht, ansonsten würden wir Geld ausgeben, das weder für Biodiversität sinnvoll ist noch irgendwas dazu beitragen würde, die Klimakrise nicht weiter anzukurbeln.

Regierungsrat Tinner: Dies haben wir im Rahmen der Vorbereitung des Berichts «Anpassung an den Klimawandel» diskutiert. Man hat gesagt, dort wo es wirklich keinen Sinn mehr ergibt, werden keine Beschneiungsanlagen mehr bewilligt und mitfinanziert. Hier findet sehr wohl ein Paradigmenwechsel statt.

Mit Blick auf die Pizolbahnen haben die Standortgemeinden und die Region Sarganserland-Werdenberg das Volkswirtschaftsdepartement und die ganze Regierung für die weitere finanzielle Gesundung der Bahnen um einen kantonalen Beitrag gebeten. Diesen wird es nicht geben. Die Regierung hat den Bahnen wie auch den Gemeinden und der Region bereits einmal gesagt, dass es keine weitergehenden Mittel geben wird. Das heisst, wenn man etwas, wie hier konkret die Beschneiungsanlage, auf dem Radar hat, muss dies durch eigenes Kapital und zusätzlich ergänzt durch Gemeindebeiträge finanziert werden. Der Kanton St.Gallen wird keine weiteren Beiträge à-fonds-perdu leisten, ausser der Gewährung eines NRP-Darlehens. Wir sind derzeit in der Vorbereitung eines entsprechenden Regierungsratsbeschlusses.

¹¹ Vgl. <https://sg-health.ch/de/>.

Kommissionspräsident: Auf S. 31 ist auch die Rede davon, dass man in den nächsten fünf Jahren ein weiteres rTEK andenkt. Kann man schon mehr dazu sagen, wo dieses entstehen könnte?

Daniel Müller: Es ist noch offen, wir haben zwei bis drei Destinationen, die wir momentan prüfen. Es ist auch immer die Frage, wie sehr die Partner daran interessiert sind, tatsächlich an solch einem Thema mitzuarbeiten – das ist im Moment noch offen.

Abschnitt 2.5.3.b (Angebotsentwicklung)

Schwager-St.Gallen: In der Mitte des ersten Abschnittes steht «Die Umsetzung der Projekte erfolgt dabei primär über eine oder mehrere der Destinationen». Was bedeutet das?

Karin Jung: Dieser Satz ist so zu verstehen, dass die Standortförderung selber keine touristischen Projekte durchführt, sondern dass diese in erster Linie von den vier Destinationen umgesetzt werden.

Abschnitt 2.5.3.c (Tourismusorganisationen [DMO] und Tourismusrat)

Müller-Lichtensteig: Auf S. 33 wird aufgeführt, dass man in Zusammenarbeit mit dem Tourismusrat Effizienz und Wirkungssteigerungen anstrebt. Welche Massnahmen sind diesbezüglich vorgesehen?

Regierungsrat Tinner: Gemeint ist, dass die Destinationen oder der Tourismusrat sich gerne überlegen sollen, wo noch Optimierungspotenzial besteht. Wir – Regierung und Verwaltung – müssen uns auch immer wieder den Spiegel vorhalten und uns fragen, wo wir etwas besser machen können.

Der Tourismusrat hat grossen politischen Einfluss auf den Verlauf des Tourismusgeschäfts «II. Nachtrag zum Tourismusgesetz» (22.22.11) genommen. Wenn er selber nicht tätig werden will, soll er es sein lassen. Wir steuern das dann wieder über die Leistungsvereinbarung. Wir leiten jedoch kein Massnahmenpaket ein, um die Destinationen und den Tourismusrat zum Erfolg zu zwingen.

Abschnitt 2.5.4 (Zusammenfassung Leistungsziele 2023 bis 2027)

Schwager-St.Gallen: Die Schwerpunktplanung der Regierung 2021 bis 2031 müsste in den Leistungszielen Niederschlag finden, wenn denn die Schwerpunktplanung in der politischen Arbeit wirklich eine Bedeutung haben soll. Darum müsste man bei dieser Aufzählung der Leistungsziele die «Bewältigung der Klimakrise» als Ziel definieren.

Regierungsrat Tinner: Ich habe bereits versucht, aufzuzeigen, dass diese Position und dieses Schwerpunktziel wie alle anderen auch ein übergeordnetes Ziel ist. Selbstverständlich fliesst das auch in das Handeln hinein. Daher haben wir keine Veranlassung, dies bei den Leistungszielen des Standortförderungsprogramms explizit zu erwähnen.

Abschnitt 3.2 (Sonderkredit)

Götte-Tübach: Aus der Abbildung 8 auf S. 35 ergibt sich meiner Ansicht nach nicht, welchen Förderschwerpunkten einzelne Themen wie die Kongressunterstützung zuzuordnen sind. Ist das aus einer dieser Positionen klar ersichtlich? Und wenn ja, mit welcher Summe?

Daniel Müller: Die Summe für die einzelnen Massnahmen ist nicht ausgewiesen. Grundsätzlich sind diese Aktivitäten im Rahmen der Basisdienstleistungen angesiedelt. Man hat aber Spielraum. Wenn bspw. ein Kongress, wie z.B. ein Medizinkongress, einen starken Bezug zu einer internationalen Promotionsaktivität hat, man diesen Sektor fördern möchte und das für die Sichtbarkeit relevant ist, dann kann man auch diskutieren, wie man dies im Rahmen der Ansiedelungs- und Standortvermarktung machen kann. Im Grundsatz gehören die Unterstützungsbeiträge für Kongresse aber zu den Basisdienstleistungen.

Götte-Tübach: Mir ist wichtig, der Kongressunterstützung die nötige Gewichtung zu geben. Andere Städte und Regionen wie Luzern, Bern, die Westschweiz oder das Berner Oberland sind diesbezüglich sehr engagiert.

Kommissionspräsident: Auf S. 35 steht, es «muss eine Mittelverschiebung zwischen den Förderschwerpunkten möglich sein». Das kann man grosszügig interpretieren und den Kredit als Blankokredit betrachten. Ist das die richtige Interpretation? Oder gibt es doch gewisse Vorgaben, die innerhalb der Aufteilung gemäss Abbildung 8 eingehalten werden müssen?

Regierungsrat Tinner: Zuerst muss es einmal das Ziel sein, den Kredit auszuschöpfen. Das haben wir in den vorgängigen Perioden nicht erreicht. Wichtig ist auch, bei den Massnahmen immer wieder zu überlegen, welches Ziel man damit erreichen möchte. Götte-Tübach, wenn Sie solche Anlässe möchten, müssten Sie uns sagen, wo wir mehr Geld einschiessen sollten. Wenn man etwas umbauen möchte, dann müssen wir auch etwas Zeit haben.

Betreffend Mittelverschiebungen: Wir gehen sicher nicht hin und sagen, hier findet gar nichts statt, wir verschieben das Geld in einen anderen Bereich. Wir haben auch gewisse Partner und Leistungsvereinbarungen, so dass Verschiebungen nicht sofort und einfach umsetzbar sind.

Götte-Tübach: Ich bin froh, wenn wir nicht mehr Geld einschiessen müssen. Wenn wir beim Wettbewerb jedoch mithalten wollen, stellt sich diese Frage. Und hier müssen wir auch die Diskussion mit den aktuellen Veranstaltern wie den Olma Messen anschauen. Wenn man einen Kongress mit den Mitteln, die wir hier besprechen, nicht bekommt, dann muss man sich Gedanken machen, welche Gelder allenfalls nötig sind, damit bspw. Kongresse stattfinden können. Mir ist wichtig, nicht immer zu hören, dass ein Veranstalter etwas nicht kann, weil die Stadt und der Kanton nicht Hand bieten. Ich möchte mich gerne auf die heutige Kommissionssitzung berufen und sagen können, die Mittel hat man in der Summe gesprochen und die anwesenden, verantwortlichen Personen haben gesagt, dass man ggf. auch mehr Mittel hat, wenn eine Sache sinnvoll und richtig ist.

Regierungsrat Tinner: Das kann man pauschal schon so sehen. Götte-Tübach erweckt mit solchen Aussagen aber Hoffnungen. Bezüglich der Olma behandeln wir morgen in der Regierung ein Geschäft, bei dem es darum geht, die Olma finanziell zu unterstützen. Ich bin gespannt, was das Parlament dazu sagt, wenn man die beiden Darlehen von Stadt und Kanton in Eigenkapital umwandeln möchte. Die Olma ist ein privates Unternehmen, auch wenn ein bedeutender Anteil von der Öffentlichkeit gehalten wird. Irgendwann muss dieses Unternehmen aber eigenwirtschaftlich funktionieren.

Wir kommen einmal im Jahr mit den grossen Veranstaltern Openair, Olma und zwei weiteren Akteuren aus dem Kongressbereich zusammen. Wir haben ihnen bspw. aufgezeigt, wie Besucherinnen und Besucher mit dem öV attraktiv anreisen können, haben aber nichts mehr von ihnen gehört. Wenn diese gemeinsamen Sitzungen eher dazu dienen sollen, mehr finanzielle Mittel zu erhalten, dann soll man dies sagen und wir können uns darüber unterhalten. Wenn Sie diesen Veranstaltern sagen, ich und die Vertreter des AWA hätten gesagt, dass es mehr Mittel gebe, sind schlussendlich alle enttäuscht, wenn dem doch nicht so ist. Darum wäre ich froh, wenn man konkret wüsste: Es ist der Veranstalter X, es geht um die Veranstaltung Y. Dann können wir uns unterhalten.

Götte-Tübach: Es geht mir nicht um den einzelnen Anlass, sondern um die Zusammenarbeit mit Veranstaltern. Ich habe das Gefühl, dass diese nicht immer optimal funktioniert. Das ist keine Schuldzuweisung an das Volkswirtschaftsdepartement oder an den Kanton. Ich sehe und höre einfach, dass die Vernetzung in anderen Regionen und Kantonen anders und besser funktioniert. Ein konkretes Beispiel ist eSports. Es wurde versucht, in diesem Bereich Events zu fördern. Hier gab es gewisse Anfangsbemühungen, es wurde aber weder von den Veranstaltungsorten noch von anderen das Potenzial gesehen, weshalb die Events nun in Bern stattfinden.

Regierungsrat Tinner: Ein anderes Beispiel ist der Ironman in Rapperswil. Da hat man einmal Mittel gesprochen und gesagt, dieser müsse irgendwann selbsttragend sein. Dies hat nicht funktioniert und es wurde erneut Geld gefordert und gedroht, man gehe ansonsten an einen anderen Ort. Da musste ich darauf hinweisen, dass klare Rahmenbedingungen vereinbart waren. Wenn Sie politisch in der Mehrheit bestimmen, es spiele keine Rolle, ob ein solcher Event selbsttragend sei, dann nehmen wir dies gerne mit. Ansonsten halten wir uns an die Rahmenbedingungen, welche wir einmal gesetzt haben.

Schwager-St.Gallen: Aus meiner Sicht braucht es in diesem Sonderkredit einen Förderungsschwerpunkt «Bewältigung der Klimakrise». Wir stehen vor einer massiven Krise, die weit über Covid-19 hinausgeht. Die Regierung hat sich Schwerpunkte gesetzt. Ich bin der Meinung, dass wir nicht in jeder Vorlage, aber ganz sicher in dieser Vorlage den Punkt Klimaschutz einbauen müssen. Ich werde im Anschluss einen Antrag dazu stellen.

Pause von 15.25 bis 15.35 Uhr.

4.2 Beratung Beschluss

Ziffer 2

Schwager-St.Gallen (im Namen der GRÜNE-Delegation): Ich beantrage, Ziff. 2 wie folgt anzupassen:

¹ Für die Deckung der Kosten wird ein Sonderkredit von Fr. ~~11'800'000.–~~
14'300'000.– gewährt. Der Sonderkredit wird der Erfolgsrechnung belastet.

² Mittel in Höhe von 2,5 Mio. Franken werden in den Jahren 2023 bis 2027 je zu gleichen Teilen unter dem Titel «Bewältigung der Klimakrise» verwendet.

Dieser Antrag ist verbunden mit einem Auftrag:

«Die Regierung wird eingeladen, Indikatoren und Zielgrössen betreffend die Jahre 2023 bis 2027 für die Verwendung der Mittel von 2,5 Mio. Franken unter dem Titel «Bewältigung der Klimakrise» festzulegen.»

Damit soll die «Bewältigung der Klimakrise» als weiterer Förderschwerpunkt definiert werden. Es soll der Regierung überlassen werden, anhand welcher Indikatoren man dies bewerten soll und welche Ziele man sich selber bis ins Jahr 2027 geben möchte. Ich kann mir drei Anhaltspunkte vorstellen:

1. *Förderung einer dezentralen Energieversorgung*: Das würde bedeuten, dass eine Mindestanzahl an Unternehmen angesiedelt werden, die zumindest zu 50 Prozent energieautark unterwegs sind.
2. *Energieeffiziente low-tech Gebäude* bei den Unternehmen, die wir ansiedeln möchten, d.h. Unternehmen mit einem möglichst tiefen CO₂-Wert im Heiz- und Kühlenenergieverbrauch.
3. Ein weiterer Indikator könnte eine noch festzulegende Anzahl Unternehmen sein, die einen deutlich überdurchschnittlichen Anteil an *nicht motorisiertem Pendlerverkehr* haben. Unser Kanton hat seit einigen Jahren einen Motorisierungsgrad im Pendlerverkehr von 59,9 Prozent.

Es soll eine gewisse überprüfbare Zielsetzung geben, aufgrund derer man nach Ablauf des Mehrjahresprogramms sieht, was erreicht wurde. Es sollen auch finanzielle Mittel im Umfang von 500'000 Franken pro Jahr bereitgestellt werden, um solche Investitionen zu ermöglichen. Das soll ein Zeichen für die Bedeutung setzen, die die Klimakrise für unseren Kanton hat.

Regierungsrat Tinner: Was wir nicht machen können, sind einzelbetriebliche Fördermassnahmen zu unterstützen. Im Einführungsgesetz zur eidgenössischen Waldgesetzgebung (sGS 651.1) erhöht der Kanton St.Gallen alleine im Bereich Wald die jährlichen Mittel um 3 bis 4 Mio. Franken. Wir machen hier einen Quantensprung. Wir haben einen Vorschlag entwickelt, wie man CO₂-Senkungen im Forst mitberücksichtigen könnte.

Simmler-St.Gallen (im Namen der SP-Delegation): Im Grundsatz kann ich die Stossrichtung des Antrags unterstützen, aber er ist sehr allgemein formuliert. Man müsste konkretisieren, welche Massnahmen im Rahmen der Standortförderung konkret zu treffen wären.

Schwager-St.Gallen: Ich habe Vertrauen, dass unsere Regierung die richtigen Indikatoren findet. Es geht mir nicht darum, einzelne Unternehmen zu fördern, aber der Output soll am Schluss in die richtige Richtung gehen. Die Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, den Klimaschutz zu stärken. Auf diesem Weg müssen wir auch unsere Wirtschaft entsprechend umbauen. Wenn nicht bei der Wirtschaftsförderung, wo dann?

Schorer-St.Gallen (im Namen der FDP-Delegation): Der Antrag der GRÜNE-Delegation ist abzulehnen.

Die Stossrichtung kann ich durchaus nachvollziehen. Für mich ist aber komplett unklar, in welcher Form dies ein Amt der Verwaltung umsetzen soll. Wenn es bspw. in die Richtung geht, dass man sagt, es soll bei Arealentwicklungen mitgedacht werden, dann ist das für mich ein Weg, über den man sich durchaus Gedanken machen kann. Ich glaube aber,

beim Thema Ansiedlung von Unternehmungen bewegen wir uns hier im falschen Bereich. Ich stelle in Frage, dass die Standortförderung der richtige Eingabebereich ist. Man müsste das bei einem anderen Departement ansiedeln.

Spoerlé-Ebnat-Kappel: Der Antrag der GRÜNE-Delegation ist abzulehnen.

Ich unterstütze das Votum von Schorer-St.Gallen. Es geht tatsächlich darum, dass wir nicht bei der Standortförderung über einen Betrag, der gemäss dem Antrag mit 2,5 Mio. Franken fixiert ist, irgendetwas bewegen. Regierungsrat Tinner hat vorab erwähnt, in welchen Themen und Dimensionen dem Gesamthema Rechnung getragen werden kann. Grundsätzlich finde ich es richtig und schützenswert, dass wir uns dieser Sache annehmen. Aber die Standortförderung ist nicht der richtige Ort dafür. Ich bin davon überzeugt, dass die Regierung noch weitere Themen auf ihre Tagesordnung nehmen muss, bei denen man dem Klimaschutz die nötige Aufmerksamkeit schenken kann.

Götte-Tübach: Der Antrag der GRÜNE-Delegation ist abzulehnen.

Ich kann mich meinen Vorrednern anschliessen. Wir haben im letzten Jahr sehr intensiv über das Energiekonzept 2021 bis 2030 gesprochen. Dort war das Thema richtig platziert und es wurde sehr viel dazu gesagt. Wir haben auch Mittel gesprochen, und es wird noch mehr Mittel in diesem Bereich brauchen. Ich verstehe die GRÜNE-Delegation, dass sie das beantragen, aber im Sinne einer seriösen Politik wüsste ich nicht, wie wir das umsetzen sollten.

Simmler-St.Gallen: Ich könnte mir folgende Formulierung eines Auftrags vorstellen:

«Die Regierung wird eingeladen, im Mehrjahresprogramm der Standortförderung für die Jahre 2023 bis 2027 klimapolitische Massnahmen angemessen zu berücksichtigen. Für die nächste Beitragsperiode zeigt sie auf, welche Möglichkeiten die Standortförderung hat, im Rahmen ihres Tätigkeitsgebiets zur Bewältigung der Klimakrise beizutragen.»

Man kann nicht Geld sprechen und gleichzeitig fordern, dass ausgearbeitet wird, wofür das Geld ausgegeben wird. Das wäre wie ein Beitrag à fonds perdu an die Regierung. Um das Anliegen, dass die Standortförderung auf diese Themen Rücksicht nimmt, zu verankern, könnte man die vorgeschlagene Formulierung wählen. Damit hätte man verankert, dass das Thema berücksichtigt wird, v.a. auch für den nächsten Bericht. Das wäre ein Kompromiss, um dieses Anliegen zu platzieren ohne einen Blankocheck auszustellen.

Schwager-St.Gallen: Es handelt sich nicht um einen Blankokredit. Die Kredite, die die Standortförderung erhält, sind nicht einfach zum Ausgeben gedacht. Wir haben bei der Vorstellung des Berichts gehört, dass der Kredit in der Vergangenheit nicht ausgeschöpft wurde, aber es soll ein Rahmen zur Verfügung stehen, um dem Thema Klimaschutz auch in der Standortförderung entsprechend finanziell Nachachtung zu verschaffen – so verstehe ich den Auftrag. Selbstverständlich sollen nicht einzelne Unternehmen unterstützt werden, aber die Standortförderung hat die Möglichkeit, entsprechende Mittel einzusetzen, um diese Projekte unterstützen zu können.

Dobler-Oberuzwil: Der Antrag der GRÜNE-Delegation ist abzulehnen.

Zwischen dem Klimaschutz einerseits und der Wirtschaftsförderung andererseits bestehen Zielkonflikte; Wachstum ist nie klimaneutral. Jeder, der sich hier ansiedelt, ist mindestens mit dem E-Bike unterwegs und benötigt Strom. Für mich ist der Antrag wie Gift und Gegengift. Mit etwas weniger Wirtschaftsförderung hätte man das Gleiche erreicht. Wichtig ist, dass wir mit der Wirtschaftsförderung massvoll umgehen und nicht mehr «auf Teufel komm raus» wachsen müssen, sondern vernünftig eine Entwicklung forcieren. Mit dem Bevölkerungswachstum, von dem auch die SVP nicht begeistert ist, kommen immer mehr Belastungen.

Regierungsrat Tinner: Aus der Formulierung kann man schliessen, dass die einzelbetriebliche Massnahmenförderung nicht enthalten ist. Dieser Auftrag ist für mich jedoch ein klassisches Thema, das in den Zuständigkeitsbereich des Bau- und Umweltdepartementes fällt, wie bspw. die «Strategie zur Anpassung an den Klimawandel im Kanton St.Gallen» (40.21.03). Hierzu hat Monstein-St.Gallen am 1. Dezember 2021 einen Auftrag platziert¹² und versucht aufzuzeigen, dass in diesem Bereich mehr gemacht werden müsse. Ferner haben wir den Bericht «Langfristige Sicherstellung der Wasserressourcen im Kanton St.Gallen: Handlungsbedarf und Massnahmen» (40.22.02), dessen Beratung noch offen ist. Ein Auftrag wäre dort theoretisch auch noch möglich, aber in der vorbereitenden Kommission war das damals im Frühling 2022 kein Thema.

Schwager-St.Gallen: Ich ziehe den Antrag zu Gunsten des Kompromissvorschlags von Simmler-St.Gallen zurück.

Titel und Ingress

Kommissionspräsident: Titel und Ingress sind unbestritten.

4.3 Aufträge

Simmler-St.Gallen (im Namen der SP-Delegation): Ich stelle folgenden Antrag:

«Die Regierung wird eingeladen, im Mehrjahresprogramm der Standortförderung für die Jahre 2023 bis 2027 klimapolitische Massnahmen angemessen zu berücksichtigen. Für die nächste Beitragsperiode zeigt sie auf, welche Möglichkeiten die Standortförderung hat, im Rahmen ihres Tätigkeitsgebiets zur Bewältigung der Klimakrise beizutragen.»

Regierungsrat Tinner: Im zweiten Satz heisst es: «[...] für die nächste Beitragsperiode [...]». Sind damit das Jahr 2028 und die Folgejahre gemeint?

Die Umsetzung des ersten Auftragsteils, «2023 bis 2027 klimapolitische Massnahmen angemessen zu berücksichtigen», würde dazu führen, dass man intern nochmals etwas entwickelt und vielleicht gibt es noch eine überlappende Massnahme, die überprüft, ob etwas klimagerecht ist oder nicht. Ich fände es ehrlicher, zu sagen: «Die Regierung wird eingeladen, im nächsten Programm ab dem Jahr 2028 auch klimapolitische Überlegungen zur berücksichtigen.»

¹² Vgl. <https://www.ratsinfo.sg.ch/geschaefte/5234#votes>.

Simmler-St.Gallen: Die Formulierung des ersten Satzes «angemessen zu berücksichtigen» ist sehr dezent. Die Regierung wird eingeladen, bei ihren Projekten kurz über die Bücher zu gehen und zu prüfen, ob man dieses Kriterium miteinbeziehen könnte. Für die nächsten fünf Jahre sollte es doch möglich sein, dass man das bereits im Hinterkopf behält.

Zoller-Quarten: Ich habe Sympathien für diesen Auftrag, allerdings sind mir diese klimapolitischen Aufträge zu wenig auf die Standortförderung bezogen. Mit dieser Formulierung könnte man unter einer klimapolitischen Massnahme auch verstehen, das Wasser im Walensee zu reinigen oder zu kühlen. Damit man mich überzeugen könnte, müsste es anders formuliert werden. Projekte, die mittels Standortförderung umgesetzt und unterstützt werden wie bspw. touristische Infrastrukturen die irgendeinen klimapolitischen Nutzen stiften, müssten solchen vorgezogen werden, die dies nicht tun.

Schwager-St.Gallen: Man könnte ergänzend auf die Schwerpunktplanung der Regierung «Klimaschutz stärken, Punkt 3» verweisen. Dort ist aufgeführt, was gemeint ist (Förderung erneuerbarer Energien, Effizienz- und Mobilitätsmanagement, Erhaltung natürlicher Ressourcen, Information, Sensibilisierung und Bildung und Schutz vor Naturgefahren).

Simmler-St.Gallen: Das möchte ich nicht ergänzt haben, es wäre das Gegenteil von dem, was Zoller-Quarten gefordert hat und wäre mir zu allgemein. Diese Massnahmen müssen gemäss dem Bericht im Mehrjahresprogramm der Standortförderung berücksichtigt werden. Es ist nicht die Erwartung, dass Sie diesen Bericht erweitern, neue Projekte aufgleisen und den Walensee reinigen. Sondern bei den bestehenden Projekten soll dieser Thematik Gewicht beigemessen werden.

Regierungsrat Tinner: Wenn «die Regierung eingeladen wird», handelt es sich um einen Auftrag, einen Befehl und kein Wunschkonzert. Zum Begriff «Klimakrise» möchte ich daran erinnern, dass wir in diesem Parlament auch einmal über eine solche gesprochen haben. Damals hiess es, wir hätten keine. Wenn Sie möchten, dass in das nächste Standortförderungsprogramm klimapolitische Überlegungen einfliessen, hätte ich gutmütigerweise gesagt, dass wir das mitnehmen können. Ich finde es aber sehr schwierig, ein bestehendes Programm mit verschiedensten Massnahmen weiter zu ergänzen und zu sagen, dass man darüber noch etwas stülpen soll. Das wird zu gewissen Verzerrungen führen. Man sollte der Verwaltung Zeit geben. Wenn man das politisch wünscht, dann hat das Zeit und man beginnt von nun an daran zu denken.

Auftrag Klimapolitische Massnahmen

Antrag

Die *SP-Delegation* beantragt:

«Die Regierung wird eingeladen, im Mehrjahresprogramm der Standortförderung für die Jahre 2023 bis 2027 klimapolitische Massnahmen angemessen zu berücksichtigen. Für die nächste Beitragsperiode ab dem Jahr 2028 zeigt sie auf, welche Möglichkeiten die Standortförderung hat, im Rahmen ihres Tätigkeitsgebiets zur Bewältigung der Klimakrise beizutragen.»

Beschluss

Die vorberatende Kommission lehnt den Antrag der *SP-Delegation* mit 9:3 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab.

Schorer-St.Gallen (im Namen der *FDP-Delegation*): Ich beantrage, die Regierung einzuladen:

1. Den Rückgang der Ansiedlung von Unternehmen im Kanton St.Gallen bzw. in den Ostschweizer Kantonen fundierter zu analysieren.
2. Massnahmen zu prüfen, damit Ansiedlungen und Standortvermarktung wieder einen Beitrag leisten an die Stärkung der Ressourcenkraft des Kantons St.Gallen.
3. Konkrete Umsetzungsmassnahmen in Bezug auf Ansiedlungen und Standortvermarktung gemäss Ziff. 2.5.2.b der Botschaft der Regierung vom 5. April 2022 (28.22.01) auszuarbeiten und dabei folgende Varianten zu priorisieren und wirksame Massnahmen einzuleiten
 - a) eine gezieltere Kooperation mit den übrigen Ostschweizer Kantonen
 - b) die Auslagerung des Ansiedlungsgeschäfts an eine externe Organisation
 - c) den Beitritt in eine bestehende grossregionale Standortvermarktung-Organisation (so genannte „Greater Area“)und dem Kantonsrat darüber Bericht zu erstatten.

Götte-Tübach: Ich schlage vor, unter Ziff. 2: «Massnahmen zu prüfen» mit «Massnahmen zu ergreifen» zu ersetzen. Prüfaufträge sind immer schön formuliert, aber «ergreifen» ist etwas klarer.

Im Übrigen wäre noch die Überschneidung mit den Aufträgen zu prüfen, die wir im Geschäft «Stärkung der Ressourcenkraft des Kantons St.Gallen» (40.21.02) erteilt haben. Die Beauftragung einer externen Organisation (Ziff. 3b) haben wir bei der Stärkung der Ressourcenkraft ebenfalls vorgesehen, indem die Regierung den «Brainrain im Kanton St.Gallen unter Einbezug von geeigneten Fachpersonen (...) analysieren» soll.

Simmler-St.Gallen: Bei Ziff. 1 frage ich mich, in welchem Rahmen die Berichterstattung erfolgen soll. Ich habe nicht grundsätzlich etwas dagegen, wenn man das fundierter analysiert, aber für mich wäre das genau die Aufgabe dieses Berichts, dies in fünf Jahren wieder zu prüfen. Wie stellt sich die Antragstellende diese Analyse vor?

Bei Ziff. 2 bin ich über das Wort «wieder» gestolpert. Geht man davon aus, dass Ansiedlungen und Standortvermarktung derzeit keinen Beitrag mehr leisten?

Wollen Sie unter Ziff. 3 die Standortförderung privatisieren oder zumindest teilprivatisieren? Was für eine Organisation muss ich mir darunter vorstellen? Bei den Greater Area-Organisationen kenne ich mich zu wenig aus, darüber haben wir gar nicht gesprochen. Ich hätte Mühe damit, das in Auftrag zu geben, ohne zu wissen, um was es hier genau geht.

Schorer-St.Gallen zu *Simmler-St.Gallen* zur Frage, in welchem Rahmen die Berichterstattung erfolgen soll: Dieses Programm besteht und soll vorangetrieben werden. Trotzdem ergibt es aus unserer Sicht Sinn, gewisse Sachen fundierter zu analysieren. Hier geht es um das Thema «Standortpromotion», nicht um die Standortförderung insgesamt. Wir sprechen hier von der Ansiedlung von Unternehmen.

Zu Ziff. 3: Wir sprechen von Ansiedlungsgeschäften die man einerseits über eine Greater Area abwickeln oder aber bei denen man mit externen Organisationen zusammenarbeiten könnte. Es geht nicht darum, die gesamte Standortförderung, sondern ganz konkrete Aufträge der Standortpromotion auszulagern, so wie es heute bereits verschiedene Kantone wie bspw. Luzern oder Zürich gelöst haben.

Regierungsrat Tinner: Die Frage ist, ob man das Ganze nicht etwas entschlacken muss. Mit der aktuellen Formulierung wird man später sagen, man habe der Regierung den Auftrag erteilt, der Greater Zurich Area beizutreten. Der Beitritt zur Greater Zurich Area wird viel Geld kosten. Wir sprechen hier von etwa 5 Franken je Einwohner. Wenn Sie bereit sind, diesen Betrag aufzuwerfen, ist das ok. Wenn wir das prüfen, müssen wir jedoch auch die anderen Kantone abholen. Das gibt ein Signal, bei dem es dann schwierig wird zu sagen, dass wir nur prüfen. Bei einem reinen Prüfauftrag kann man den übrigen Kantonen durchaus sagen, der Kantonsrat wolle spezifisch etwas geprüft haben.

Zu Ziff. 2: Hierzu gibt es den Postulatsauftrag der SVP-Fraktion «Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen» (43.20.06), der in eine ähnliche Richtung geht. Ich weiss bis heute nicht, was ich dazu schreiben soll. Und nun erhalte ich einen Auftrag der FDP-Delegation, bei dem ich nicht weiss, was ich machen soll. Auf diesen könnte man verzichten und abwarten, was wir aus dem SVP-Postulat machen.

Dass man die Ansiedlungen noch fundierter analysiert, dagegen habe ich nichts. Beauftragen Sie uns aber bitte, auf das nächste Programm etwas gemäss Ziff. 1 und Ziff. 3 aufzubereiten.

Daguati-St.Gallen: Es sind nicht Fr. 5.– je Person, die eine solche Greater Area kostet, sondern rund Fr. 1.40. Die drei Varianten, die wir – die FDP-Delegation – Ihnen vorgestellt haben, sind die gängigen Wege.

Entweder man versucht, mit den anderen Ostschweizer Kantonen im Ansiedlungsbereich wieder zu punkten. Der Kanton Luzern ist im Ansiedlungsgeschäft mit einer Stiftung sehr gut aufgestellt. Dort sind die Aufgaben der kantonalen Wirtschaftsförderung der Dienststelle Raum und Wirtschaft (Rawi) abgelöst von der direkten Begleitung von Firmen. Damit sind sie auch sehr erfolgreich. Sie sind in keiner Greater Area-Organisation und schaffen rund 25 Ansiedlungen im Jahr, wovon rund 15 aus dem Ausland stammen. Die Ansiedlungszahlen in der Ostschweiz sind in den letzten zehn Jahren erodiert. Es stellt sich die Frage, ob wir jetzt nochmals vier bis fünf Jahre warten wollen, bis wir das Ganze angehen, oder ob das nicht etwas wäre, das man forcieren müsste, weil es Fakt ist, dass das Ausbleiben von solchen Ansiedlungen in der Ostschweiz dort diskutiert wird, wo andere Investitionen beraten und entschieden werden (Unternehmensberatungen, Immobilien, Wirtschaft und Banken). Es wird registriert, dass bei uns die Ansiedlungsdynamik weitaus unterdurchschnittlich und stärker zusammengebrochen ist. Wir sprechen nicht von einem Massengeschäft, sondern von einer Frischzellenkur. Eine realistische Grösse wäre, dass wir irgendwann im Kanton St.Gallen 10 bis 15 Firmen aus dem internationalen Geschäft im Jahr ansiedeln können. Aktuell kann man die Anzahl an einer Hand abzählen.

Das Steuersubstrat liegt zwischen 20'000 bis 30'000 Franken pro Arbeitsplatz. Wenn wir unserer Ressourcenkraft etwas Gutes tun wollen, dann sind wir gut bedient, auch in diesem Feld wieder zu punkten, denn der Kanton hat die Standortvoraussetzungen. Es sind viele gute Initiativen am Laufen. Wir müssen auch in der Auslandvermarktung Akzente setzen, damit wir wieder als dynamische Wirtschaftsregion wahrgenommen werden.

Simmler-St.Gallen: Ich finde Ziff. 1 und 2 nicht nötig, weil wir bereits 3,25 Mio. Franken für Ansiedlungen und Standortvermarktungen vorsehen. Ich gehe davon aus, dass es Aufgabe des Departementes ist, sich zu überlegen, warum es zu einem Rückgang kam. Diese Überlegungen liegen vermutlich bereits den Massnahmen zugrunde, die jetzt mit den 3,25 Mio. Franken beschlossen werden.

Bei Ziff. 3 finde ich es etwas fahrlässig, mit dem aktuellen Informationsstand das Einleiten dieser Massnahmen bereits in Auftrag zu geben. Die meisten kennen diese Organisationen nicht genau. Ich könnte mir als Kompromiss vorstellen, dem Departement mitzugeben, von sich aus vorzubringen, welche Varianten möglich sind.

Müller-Lichtensteig: Wenn ich es richtig interpretiere, dann spielt die Ansiedlungspolitik im Auftrag zum Bericht «Stärkung der Ressourcenkraft des Kantons St.Gallen» (40.21.02) keine Rolle? Könnte man jenen Auftrag noch ergänzen, damit das dort abgehandelt werden könnte?

Wenn wir einen solchen Auftrag formulieren, dann würde ich diesen allgemein formulieren. Das Risiko, mit einem konkreten Auftrag zu scheitern, ist relativ hoch, weil man dann schon einzelne Punkte der Organisation hinterfragen kann, die man erst im weiteren Verlauf dieses Geschäfts klären müsste.

Götte-Tübach: Ich würde den Auftrag nicht abändern, denn es wird präzise ausgedrückt, was wir wünschen. Selbstverständlich kann man bei der Beantwortung dieses Auftrags Präzisierungen ermöglichen. Wir können nicht in dieser Kommission die Aufträge betref-

fend den Bericht «Stärkung der Ressourcenkraft des Kantons St.Gallen» (40.21.02) anpassen. Ich könnte mir aber gut vorstellen, dass es seitens der Verwaltung zu Zusammenführungen mit bereits bestehenden Vorstössen kommt. Irgendwann kommt die Regierung und sagt, dass der Auftrag erfüllt ist und wie viel es kostet. Dann liegt es wieder am Parlament, darüber zu entscheiden, ob wir das über den Budgetprozess machen oder über einen Nachtragskredit – da führen verschiedene Wege nach Rom. Ich würde das so in Richtung Regierung und Verwaltung schicken, und dann sind wir gespannt, was kommen wird. Die Fragen im Sinne dieses Auftrags sind mehr als angebracht.

Regierungsrat Tinner: Der Auftrag zur Ressourcenstärke ist abgeschlossen und läuft. Wir können uns höchstens überlegen, was wir dort noch ergänzen. Wir sind in diesem Geschäft nicht federführend, aber das Problem lösen wir im Notfall schon.

Ich komme nochmals auf die Formulierung zurück. Ich möchte die FDP-Fraktion dringend bitten, anstelle von «[...] auszuarbeiten und dabei folgende Varianten zu priorisieren [...]» zu sagen, «[...] gemäss Botschaft nachstehende Massnahmen zu prüfen [...]». Mit dieser Formulierung können wir eine Auslegeordnung machen und das tatsächlich den bestehenden Geschäften anhängen. Ich möchte, dass man sich bewusst ist, dass es ein Preisschild hat. 520'000 Einwohner multipliziert mit Fr. 1.40. Diese Kosten fallen jährlich an. Das würde alleine für diesen Posten für vier Jahre rund 3 Mio. Franken kosten. Ich finde es sehr gut, wenn das Parlament dem Volkswirtschaftsdepartement mehr Geld zuweist. Wir müssen das aber in einen Gesamtrahmen stellen und uns später nicht darüber wundern, wenn ein Sparpaket kommt und gewisse Massnahmen wieder entfallen. Ich bitte Sie, das zu bedenken.

Politisch betrachtet, auch zu Handen der FDP-Delegation, hätte ich Ziff. 2 auch gestrichen. Der Auftrag wurde ja bereits erteilt. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht Aufträge mehrmals erteilen und die Verwaltung am Schluss nicht mehr weiss, was sie machen soll.

Schorer-St.Gallen: Ich habe einige Rückmeldungen und Inputs aufgenommen. Ein solcher Antrag darf sich in der Diskussion auch weiterentwickeln.

Der FDP-Delegation ist es ein Anliegen, dem Thema, warum diese Ansiedlungen zurückgehen, eine gewisse Aufmerksamkeit zu schenken. Deshalb ist es wichtig, bei Ziff. 1 den ursprünglichen Wortlaut beizubehalten.

Ziff. 2 kann man aus unserer Sicht streichen und einfach in das nächste Standortförderungsprogramm aufnehmen.

Zu den konkreten Umsetzungsmassnahmen in Bezug auf die Ansiedlungen gemäss Ziff. 3: Selbstverständlich muss zuerst geprüft werden, bevor man etwas ausarbeitet. Wir könnten mit der Formulierung «zu prüfen» umgehen. Ich glaube aber, dass es auf die nächste Periode zu spät wäre. Das Ziel muss sein, die genannten Varianten zu priorisieren, so dass wirksame Massnahmen vorgeschlagen werden können und nicht bis im Jahr 2028 gewartet wird. In solch einem dynamischen Geschäft muss es schnell gehen. Selbstverständlich kann das mit mehr Geld verknüpft sein, das man benötigt. Trotzdem ist es ein Punkt, über den wir jetzt und nicht erst in fünf Jahren nachdenken müssen.

Wüst-Oberriet: Ich verstehe, dass man sagt «Ostschweizer Kantone». Nutzt es uns etwas, wenn wir wissen, wieso oder warum es in den anderen Kantonen anders ist? Grundsätzlich können wir nur für unseren Kanton etwas beschliessen, ansonsten müssen wir die anderen Kantone wieder mit ins Boot holen, was es schwierig macht, etwas umzusetzen.

Schorer-St.Gallen: Es ist enorm wichtig, die anderen Kantone mit ins Boot zu holen. Auf einem solch kleinen Raum funktioniert die Standortpromotion heute nicht mehr. Die Greater Zurich Area ist noch viel grösser. Es ist wichtig, dass man den Horizont öffnet und die verschiedenen Varianten prüft. Das kann auf eine Kooperation mit mehreren Ostschweizer Kantonen hinauslaufen. Selbstverständlich entscheiden wir am Schluss für unseren Kanton, aber man kann durchaus auch andere Kantone bei diesen Abklärungen berücksichtigen.

Auftrag Ansiedlung von Unternehmen und Standortvermarktung

Antrag

Die FDP-Delegation beantragt:

«Die Regierung wird eingeladen:

1. Den Rückgang der Ansiedlung von Unternehmen im Kanton St.Gallen bzw. in den Ostschweizer Kantonen vertiefter zu analysieren.
2. Konkrete Umsetzungsmassnahmen in Bezug auf Ansiedlungen und Standortvermarktung gemäss Ziff. 2.5.2.b der Botschaft der Regierung vom 5. April 2022 (28.22.01) zu prüfen und dabei folgende Varianten mitzubersichtigen:
 - a) eine gezieltere Kooperation mit den übrigen Ostschweizer Kantonen
 - b) die Auslagerung des Ansiedlungsgeschäfts an eine externe Organisation
 - c) den Beitritt in eine bestehende grossregionale Standortvermarktung-Organisation (so genannte «Greater Area»)

und dem Kantonsrat darüber Bericht zu erstatten.

Beschluss

Die vorberatende Kommission stimmt dem Antrag der FDP-Delegation mit 10:3 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

4.4 Rückkommen

Kommissionspräsident: Ein Rückkommen wird nicht verlangt.

5 Gesamtabstimmung

Kommissionspräsident: Ich stelle fest, dass die Botschaft und der Entwurf der Regierung durchberaten sind. Wir kommen nun zur Gesamtabstimmung. Wer dem Kantonsrat Eintreten auf den «Kantonsratsbeschluss über das Mehrjahresprogramm der Standortförderung für die Jahre 2023 bis 2027», beantragen möchte, der bezeuge dies mit Handerheben.

Die vorberatende Kommission beschliesst in der Gesamtabstimmung mit 15:0 Stimmen, dem Kantonsrat Eintreten auf die bereinigte Vorlage zu beantragen.

6 Abschluss der Sitzung

6.1 Bestimmung des Berichterstatters

Der Kommissionspräsident stellt sich als Berichterstatter zur Verfügung. Die vorberatende Kommission beauftragt ihren Kommissionspräsidenten, dem Kantonsrat mündlich Bericht zu erstatten.

6.2 Medienorientierung

Die vorberatende Kommission beauftragt ihren Kommissionspräsidenten und die Geschäftsführerin, eine Medienmitteilung zu veröffentlichen und über das Ergebnis der Beratung zu informieren.

Der Kommissionspräsident weist nochmals auf das Kommissionsgeheimnis hin, das auch nach der Publikation der Medienmitteilung Geltung hat.

6.3 Verschiedenes

Kommissionspräsident: Ich bedanke mich für die aktive Mitarbeit und schliesse die Sitzung um 16.30 Uhr.

Der Kommissionspräsident:

Die Geschäftsführerin:

Ruedi Blumer
Mitglied des Kantonsrates

Simona Risi
Parlamentsdienste

Beilagen

1. 28.22.01 «Kantonsratsbeschluss über das Mehrjahresprogramm der Standortförderung für die Jahre 2023 bis 2027» (Botschaft und Entwurf der Regierung vom 5. April 2022); *bereits mit dem Kantonsratsversand zugestellt*
2. Grundlagen zur Einführung eines Schweizer Innovationsfonds; *bereits über die Sitzungsapp zur Verfügung gestellt*
3. Prüfauftrag zur Einführung eines Schweizer Innovationsfonds; *bereits über die Sitzungsapp zur Verfügung gestellt*

4. Medienmitteilung: Bundesrat trifft Richtungsentscheid für einen Schweizer Innovationsfonds; *bereits über die Sitzungsapp zur Verfügung gestellt*
5. Fragen SVP-Delegation samt Antworten und 2 Beilagen; *bereits über die Sitzungsapp zur Verfügung gestellt*
6. Fragen Die Mitte-EVP-Delegation samt Antworten und einer Beilage; *bereits über die Sitzungsapp zur Verfügung gestellt*
7. Präsentation Stiftung und Verein Startfeld; *bereits an der Sitzung verteilt*
8. Präsentation Prof. Dr. Dietmar Grichnik; *bereits an der Sitzung verteilt*
9. Präsentation VD; *bereits an der Sitzung verteilt*
10. Antragsformular vom 15. August 2022
11. Medienmitteilung vom 22. August 2022

Geht (mit Beilagen) an

- Kommissionsmitglieder (15)
- Geschäftsführung der Kommission (1)
- Volkswirtschaftsdepartement (wie Seite 1)

Geht (ohne Beilagen) an

- Fraktionspräsidenten/in (5)
- Leiter Parlamentsdienste